

metrobase

report 2025

WELT IN AUFRUHR

KRIEGE - ZÖLLE - POLARISIERUNG
und die Auswirkungen auf die Region



BEF und metrobase Sommeranlass • Geopolitische Spannungen und ihre Folgen • Die Stärken der Schweiz und der Region • Rahmenbedingungen für die Wirtschaft • Sicherheitspolitik • Tourismus und Grossveranstaltungen • KI-Nutzung



**Es dauert rund
5'000 Tage, bis ein
neues Medikament
entwickelt ist.**

Hier im Bild: Tag 463.

Wir forschen weiter.

interpharma.ph
Die forschenden pharmazeutischen Unternehmen der Schweiz.

wir-forschen-weiter.ch



www.euroairport.com

EuroAirport®

BASEL MULHOUSE FREIBURG

**EMPOWERED BY
PASSION.**

Inhalt

4	Grusswort: Schweizer Bundesrat Guy Parmelin
5	Grusswort: Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann
6	Vorworte: Regierungspräsident Dr. Conradin Cramer und Regierungsrat Thomi Jourdan
7	Vorworte: Landammann Dieter Egli und Oberbürgermeister Jörg Lutz
8	metrobasel Sommeranlass 2025: «Welt in Aufruhr»
12	Macht im Umbruch: Prof. Dr. Herfried Münkler, Politikwissenschaftler
15	Schweizer Erfolgsmodell auf dem Prüfstand: Dr. Sandro Merino, BKB
16	Für mehr Europa – auch in der Sicherheit: Nationalrätin Priska Seiler Graf
17	Was tun, wenn man keine Glaskugel hat?: Nationalrätin Patricia von Falkenstein, Präsidentin metrobasel
18	Wirtschaftliche Herausforderungen im Zeichen geopolitischer Spannungen: Prof. Dr. Rudolf Minsch, economiesuisse
20	Bildung und Forschung unser wahres Kapital: Dr. Simon Ittig, T3 Pharmaceuticals AG
21	Zukunft sichern durch Innovation und Vernetzung: Dr. Lutz Hegemann, Novartis
22	Sicherheit – Grundpfeiler unserer Gesellschaft: Regierungsrätin Dr. Stephanie Eymann
23	In einer Welt im Umbruch sollte Basel seine Kapitale stärken: André Hoffmann, Leiter WEF
24	Basel Economic Forum: «Grossanlässe und Foren: wichtig für Wirtschaft und Gesellschaft!»
26	Ein Jahr, das die Stadt bewegt hat: Letizia Elia, Basel Tourismus , und Roman Imgrüth, MCH
28	Resilienz und Schutz in einer Welt des Aufruhrs: Andrian Kohler, Rhystadt
29	Vertrauenswürdige KI – Wie Basel zum Schlüsselstandort werden kann: Lukas Ott, Stadtentwickler Kanton Basel-Stadt
30	Werden Sie Mitglied von metrobasel!
31	metrobasel 2025 Vorschau 2026



Präsidiatdepartement des Kantons Basel-Stadt
Kantons- und Stadtentwicklung



Impressum

Der metrobasel report 2025 erscheint als Beilage in der bz – Zeitung für die Region Basel (Grossauflage). Er wird zusätzlich in der Metropolitanregion Basel (inkl. Fricktal, Lörrach und Elsass) verteilt.

Druck / Verteilung

ca. 250'000 Exemplare
Druck: CH Media Print AG, Aarau

Redaktion, Realisation, Layout

ruweba kommunikation ag, Riehen

Geschäftsstelle

metrobasel

Aeschenvorstadt 4,
Postfach, 4010 Basel
Tel. + 41 (0) 61 272 11 44
info@metrobasel.org

Die Zeiten ändern sich und wir uns mit ihnen



Guy Parmelin
Bundesrat

Die weltweiten geopolitischen Spannungen haben in den vergangenen Jahren deutlich an Intensität gewonnen. Handelskonflikte, kriegerische Auseinandersetzungen und eine zunehmend fragmentierte Weltwirtschaft schaffen Unsicherheit – für Staaten ebenso wie für Unternehmen. Auch die Schweiz ist von diesen Entwicklungen direkt betroffen. Natürlich denke ich hier auch – aber beileibe nicht nur – an die US-amerikanische Handels- und Zollpolitik. Als offene, exportorientierte Volkswirtschaft sind wir eng mit der Weltwirtschaft vernetzt und sind damit auf stabile Rahmenbedingungen und verlässliche Handelsbeziehungen angewiesen.

Trotz dieser herausfordernden Lage hat sich unsere Wirtschaft einmal mehr als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen. Die Schweizer Unternehmen zeichnen sich durch hohe Innovationskraft, unternehmerische Agilität und ein starkes Qualitätsbewusstsein aus. Diese Merkmale ermöglichen es ihnen, sich rasch an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen. Ein zentraler Pfeiler ihrer Resilienz ist die breite Diversifikation – geografisch ebenso wie sektoriell. Es ist eine Vielfalt, die sich auch in unseren Branchen widerspiegelt – von der Life-Sciences-Industrie über die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie bis hin zu den Finanz- und Dienstleistungssektoren.

All dies stärkt die Stabilität der gesamten Volkswirtschaft.

Hinzu kommen die Standortvorteile der Schweiz, die im internationalen Vergleich herausragen: politische Stabilität, Rechtssicherheit, eine verlässliche und effiziente Verwaltung, attraktive steuerliche Rahmenbedingungen sowie hervorragend ausgebaute Infrastrukturen. Nicht zuletzt verfügt unser Land über eine exzellente Ausbildungs- und Forschungslandschaft, deren Innovationskraft weit über die Landesgrenzen hinaus anerkannt ist. Diese Stärken bilden das Fundament für unsere Wettbewerbsfähigkeit und somit für unseren Wohlstand.

Der Bundesrat setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass die Schweiz auch in Zukunft erfolgreich am globalen Handel teilnehmen kann. Dazu gehört der kontinuierliche Ausbau unseres dichten Netzes an Freihandelsabkommen sowie die aktive Pflege unserer Beziehungen zu wichtigen Partnern. Wir arbeiten etwa an einem verbesserten Marktzugang zur Europäischen Union und führen Gespräche über ein rechtlich verbindliches Handelsabkommen mit den USA. Im Jahr 2025 konnten gleich fünf Freihandelsabkommen unterzeichnet werden: neue Abkommen mit Thailand, Kosovo, Malaysia und dem Mercosur sowie ein modernisiertes Abkommen mit der Ukraine. Das Freihandelsabkommen mit Indien trat am 1. Oktober in Kraft.

Gleichzeitig fördern wir gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Inland – mit verlässlichen Regulierungen, moderaten Steuern und einer Politik, die Innovation, private Initiative und Unternehmertum unterstützt. Jüngst hat der Bundesrat ein Paket mit Massnahmen zur Entlastung der Unternehmen verabschiedet. Effiziente und attraktive regulatorische Rahmenbedingungen bleiben eine Daueraufgabe.

In einer Welt im Wandel gilt ein bestimmter Grundsatz mehr denn je: Bewährtes zu stärken und Neues entschlossen anzugehen. Die Schweiz verfügt über alle Voraussetzungen, um auch künftig erfolgreich zu sein – vorausgesetzt, wir bleiben offen, flexibel und engagiert. Der Bundesrat wird auch weiterhin alles daransetzen, unsere Unternehmen zu unterstützen und die Schweiz als starken, verlässlichen und innovativen Wirtschaftsstandort zu positionieren.

Grenzüberschreitende Partnerschaft

Wir leben aktuell in einer Zeit großer Umbrüche. Mächtige Autokraten testen die Grenzen unserer offenen Gesellschaften, Kriege erschüttern die internationale Ordnung und globale Blockbildungen verschieben die Kräfteverhältnisse. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat uns vor Augen geführt, dass Frieden und Sicherheit in Europa keine Selbstverständlichkeit sind. Zugleich bedrohen Polarisierung, Populismus und Desinformation unsere Demokratien von innen. Alte Gewissheiten geraten ins Wanken und wir spüren: Die Zeit relativer politischer Ruhe in Europa ist einer harten Bewährungsprobe ausgesetzt.

In einer solchen Lage stellt sich die entscheidende Frage: Wie bewahren wir Freiheit, Stabilität und Wohlstand in unruhigen Zeiten? Die Antwort lautet für mich: Souveränität im 21. Jahrhundert kann nur europäisch buchstabiert werden. Die Europäische Union wurde gegründet, um Nationalismus zu überwinden, Konflikte zu befrieden und Verantwortung zu teilen. Sie ist kein Zweckverband, sondern eine politische Friedensordnung, die auf Kooperation, Recht und gemeinsamer Stärke beruht. Dieses Ziel ist heute aktueller denn je.

Doch gerade angesichts weltpolitischer Verwerfungen müssen wir uns auch auf unsere eigenen Grundlagen zurückbesinnen. Die Demokratie ist die tragende Säule unserer politischen Ordnung. Sie ist kein Zustand, sondern eine Form des Zusammenlebens, die kontinuierlich neu gestaltet werden muss. Denn Demokratie ist kein Lieferservice. Sie lebt vom Engagement, vom zivilisierten Streit und vom Mut, Kompromisse zu suchen. Wenn wir zulassen, dass Polarisierung die Gesellschaft spaltet und populistische Vereinfachungen die Oberhand gewinnen, verlieren wir unsere Gestaltungskraft. Eine widerstandsfähige Demokratie ist daher Voraussetzung dafür, dass Europa handlungsfähig bleibt und dass wir die großen Herausforderungen gemeinsam meistern können.

Wenn wir auf diese Herausforderungen blicken – etwa den Klimawandel, digitale Souveränität, Energieversorgung, Sicherheitspolitik oder wirtschaftliche Resilienz – erkennen wir schnell: Sie lassen sich nicht national lösen. Es braucht mehr Europa, nicht weniger. Und es braucht starke Partnerschaften, die tragen.

Eine solche Partnerschaft verbindet Baden-Württemberg und die Schweiz seit vielen Jahrzehnten. Die Schweiz ist nach den USA unser zweitgrößter Handelspartner. Unsere Länder sind eng verwoben in Forschung, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Die Region Basel, der Hochrhein und der Bodensee sind längst ein gemeinsamer Lebens- und Wirtschaftsraum. Hier pendeln jeden Tag Menschen über Grenzen, schweizer und deutsche Unternehmen arbeiten zusammen, Hochschulen und Kliniken forschen im Verbund. Akteure wie „Eucor – The European



Winfried Kretschmann

Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

Campus“, TRISAN oder die INFOBESTen am Oberrhein zeigen, wie grenzüberschreitende Zusammenarbeit ganz praktisch Zukunft mitgestaltet.

All das braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Deshalb wirbt Baden-Württemberg seit Jahren als Brückenbauer für stabile Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz. Denn Fragen der Personenfreizügigkeit, der Energiekooperation oder der Forschungszusammenarbeit sind keine technischen Details, sondern entscheidend für den Wohlstand und die Innovationskraft unserer gemeinsamen Region.

Baden-Württemberg und die Schweiz zeigen, was aus demokratischer Verantwortung und Kooperation entstehen kann. Unsere gemeinsame Region ist längst ein Labor Europas: grenzüberschreitend, innovationsstark, zutiefst verbunden. Was wir hier erreichen, steht beispielhaft für das, was Europa seit seiner Gründung ausmacht: Frieden, Wohlstand und Verlässlichkeit. In einer Zeit globaler Umbrüche sollten wir uns daran erinnern, dass die europäische Idee nie nur ökonomisch gedacht war, sondern als politische Antwort auf die Krisen des 20. Jahrhunderts entstanden ist. Und dass starke Partnerschaften wie jene zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz dieses Europa tragen und weiterentwickeln. Lassen Sie uns deshalb diesen Weg weitergehen und unsere Beziehungen mehr und mehr vertiefen!



DER MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

Vorworte aus der Region



Regierungspräsident Dr. Conradin Cramer
Kanton Basel-Stadt

Ein Blick in die Geschichte zeigt: Geordnete weltpolitische Verhältnisse waren stets fragil und wurden von den Grossmächten immer wieder neu geformt. Auch unsere eigene Geschichte ist ein Spiegel davon. Zwar feiern wir am 1. August den Rütli-

schwur von 1291, doch die moderne Schweiz entstand am Wiener Kongress 1815 – als von den Grossmächten geschaffener Pufferstaat, dem sie die Neutralität auferlegten.

Diese besondere Stellung im Herzen Europas hat die Schweiz genutzt – und gut genutzt. Wohlstand und Stabilität sind sichtbare Früchte davon. Zugleich rücken Themen aus vergangenen Zeiten wieder ins Zentrum globaler Debatten – etwa die Frage nach Zöllen und dem Schutz der heimischen Industrie. Auch die Schweiz war bis in die 1970er-Jahre Teil dieses Systems.

Monteverdi in Binningen etwa profitierte davon; ebenso die ursprüngliche AMAG, die Autoteile aus den USA importierte und hier zu Fahrzeugen zusammenbaute. So umging sie die hohen Schutzzölle der Schweiz gegen Autoimporte. Mit den internationalen Abkommen von GATT und WTO fielen diese Schutzwälle. Monteverdi verschwand, die AMAG passte sich an – und wurde zur grössten Autoimporteurin des Landes.

Die Schweiz reagierte mit klarem Fokus auf die neue Zollordnung: Forschung, Entwicklung und die Produktion hochwertiger Güter rückten ins Zentrum. Massenprodukte überliessen wir jenen, die günstiger produzieren.

Heute stellt sich erneut die Frage, wohin die Reise gehen soll. Eines wird aber in diesen Tagen klar: Unsere engsten Partner sind und bleiben unsere Nachbarn. Trotz berechtigter Kritik an der EU entsprechen ihre Werte den unseren am stärksten.

Gleichzeitig stehen wir vor neuen strukturellen Weichenstellungen – insbesondere im Bereich der KI. Wenn die Schweiz und die Region Basel auch künftig wettbewerbsfähig bleiben wollen, müssen wir unsere Stärken in Forschung, Datenqualität und verlässlicher Regelung gezielt einsetzen. Gerade Basel hat die Chance, sich als vertrauenswürdiger KI-Standort zu positionieren und damit jene Rolle zu spielen, die unserem Land historisch oft zugefallen ist: Als Brückenbauerin zwischen Stabilität, Innovation und internationaler Kooperation.



Regierungsrat Thomi Jourdan
Vorsteher Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion Kanton Basel-Landschaft

Die geopolitischen Turbulenzen unserer Zeit – von Handelskonflikten über kriegerische Auseinandersetzungen bis zu neuen Blockbildungen – verändern die Spielregeln der globalen Wirtschaft. Für ein exportstarkes Land wie die Schweiz und seine Unternehmen bringen sie Unsicherheiten, volatile Lieferketten und wachsende Wettbewerbsrisiken.

Im Zentrum dieser Herausforderungen stehen in unserem Kanton die knapp 18.000 KMUs. Sie bilden das Rückgrat und den Motor unserer Wirtschaft: Innovativ, exportorientiert und nicht selten stark in hochspezialisierten Nischen, schaffen und sichern sie Arbeitsplätze, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig macht die Internationalität diese Unternehmen besonders sensibel für globale Störungen. Volatile Lieferketten, protektionistische Tendenzen, steigende regulatorische Anforderungen oder wechselnde Marktbedingungen verlangen ihnen viel ab – und Planbarkeit wird so zum knappen Gut.

Dennoch: Ein Blick zurück macht Mut. Rohstoffengpässe, Marktumbrüche oder technologische Disruptionen – die Schweizer Wirtschaft hat jeweils aus Krisen gelernt und ging gestärkt daraus hervor. Auch heute investieren viele Unternehmen gezielt in resilientere Supply Chains und neue Marktsegmente, verbessern ihre digitalen Prozesse, vertiefen Kooperationen oder bauen strategische Partnerschaften in neuen Märkten auf. Deshalb bleibe ich zuversichtlich, dass dank Mut,

Flexibilität, Innovationskraft und einem Unternehmergeist, der unser Land seit jeher prägt, die Schweizer und die Baslerbieter Wirtschaft sich auch dieses Mal erfolgreich behaupten werden – weil Unternehmen Lösungen und Produkte entwickeln, die über die Krise hinaus zusätzlichen Wert schaffen.

Gleichzeitig zeigen die aktuellen geopolitischen Risiken, Handelsstreitigkeiten und protektionistischen Tendenzen deutlich, wie wichtig es ist, die Innovationsfähigkeit in unserem Land hoch zu halten – mit attraktiven, stabilen und verlässlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen, einer klugen Standortförderungs politik und damit einhergehend, der Sicherstellung der Schweiz als exzellentem Bildungs- und Forschungsstandort.



Dieter Egli
Landammann Kanton Aargau

Im Fricktal entsteht Zukunft: Es ist längst kein Randgebiet mehr, sondern ein Hotspot für Innovation und hohe Wertschöpfung. Zwischen Zürich und Basel wächst eine Region, die wirtschaftliche Stärke, Nachhaltigkeit und Lebensqualität vereint.

Wo einst im Bata-Park in Möhlin Schuhe gefertigt wurden, entstehen heute pharmazeutische Wirkstoffe für die ganze Welt.



Oberbürgermeister Jörg Lutz
Stadt Lörrach

Die Zeit der „Pax Americana“ ist vorbei. Die USA ziehen sich zunehmend von ihrer Rolle als Schutz- und Führungsmacht des Westens zurück. Eine multipolare Weltordnung zeichnet sich ab, in der Europa seine politische und wirtschaftliche Rolle neu definieren muss. Hart trifft es die exportorientierten Volkswirtschaften im Dreiländereck. Auf der einen Seite steht China, das ein faktisches Monopol auf

Geschichte wiederholt sich, nur die Vorzeichen ändern sich: Einst zog das tschechische Unternehmen Bata wegen hoher Zölle in die Schweiz – heute ziehen globale Unternehmen ins Fricktal, weil diese Region den Wandel aktiv gestaltet.

Die Weltwirtschaft steht unter Druck: Grossmächte rüsten wirtschaftlich auf und schotten ihre Heimmärkte ab. Die Folge ist, dass Lieferketten wanken und Märkte sich regionalisieren. In der Life-Sciences-Branche rücken Forschung, Entwicklung und Produktion näher an die Absatzmärkte. Für Unternehmen, die Europa bedienen, wird Präsenz vor Ort zum Erfolgsfaktor. Genau darin liegt die Chance für die Schweiz – und besonders für den Aargau. Das Fricktal bietet, was gefragt ist: Stabilität, Talente, Energie und Raum – nicht nur für Forschung, sondern auch für Produktion und globale Kompetenzzentren.

Das Sisslerfeld steht exemplarisch für dieses Potenzial. Mit Bachem entsteht ein internationaler Life-Sciences-Hub mit Hunderten neuer Arbeitsplätze – ein klares Signal für Vertrauen in die Region. Gleichzeitig wird

seltene Erden und strategische Rohstoffe hält – essenziell für Batterien und pharmazeutische Wirkstoffe. Peking nutzt dieses Machtmittel gezielt: Exporteinschränkungen und Lieferstopps setzen Life-Sciences- und Automotive-Unternehmen unter Druck. Auf der anderen Seite verschärft sich die Lage durch die Politik von Präsident Trump mit willkürlichen Zöllen und regulatorischen Barrieren. Für Basler Life-Sciences-Unternehmen bedeutet das: höhere Markteintrittskosten und wachsender Druck, Produktionskapazitäten in den USA aufzubauen. Autobauer aus Deutschland und Frankreich kämpfen mit heftiger Konkurrenz aus China und unsicheren Lieferketten.

Alle drei Länder müssen ihre wirtschaftliche Resilienz stärken. Dazu sind Diversifikation der Absatzmärkte und neue Rohstoffpartnerschaften von zentraler Bedeutung.

Zudem braucht es politische Flankierung: Im Dreiländereck ist die trinationale Zusammenarbeit beim Ausbau von Infrastruktur in Bereichen wie Bildung, Forschung und Energie essentiell. Auf

mit dem Reallabor Sisslerfeld an der Vision einer CO-neutralen Industriezone bis 2040 gearbeitet. Und in Kaiseraugst formt sich mit «Aurica next» ein Campus, der Biotech, Agritech und digitale Gesundheit vereint – ein Ökosystem für die Innovationen von morgen.

Die Life-Sciences-Industrie, die über 90 Prozent ihrer Produkte ins Ausland exportiert, ist auf stabile Rahmenbedingungen und offene Märkte angewiesen. Daher sind – besonders in Zeiten einer erratischen US-Aussenwirtschaftspolitik – funktionierende bilaterale Beziehungen zur EU von zentraler Bedeutung – sie sichern Marktzugang, Forschungspartnerschaften und Fachkräfte für die gesamte Region.

Trotz globaler Unsicherheiten zeigt das Fricktal, was zählt: Offenheit, Zusammenarbeit und Innovationsgeist.

Wirtschaftsraum Fricktal – ein Erfolgsmodell

europäischer Ebene braucht es Handelsabkommen und gezielte Innovationsförderung. Europa muss sich als verlässlicher Partner positionieren - mit sicheren Bedingungen für Investitionen, aber geopolitisch flexibel. Wer zwischen den Blöcken bestehen will braucht strategische Weitsicht und die Fähigkeit, neue Allianzen zu schmieden. Dazu muss Europa in der Welt endlich mit einer Stimme sprechen. Da kann die trinationale Region Basel ein Vorbild sein. Sonst drohen uns Verlust von internationaler Bedeutung und Wohlstand. Politik und Wirtschaft müssen gemeinsam handeln. Jetzt.

Doppelt unter Druck: **Wege aus der 39 %- und** **Seltene-Erden-Falle**

Europa im Sandwich zwischen Russland China und den USA

«Welt in Aufruhr» war das aktuelle Thema des diesjährigen metrobasel Sommeranlasses. In der bis auf den letzten Platz besetzten UBS-Schalterhalle diskutierten hochkarätige Referenten und Podiumsteilnehmende, wie die Schweiz mit dieser Situation umgehen soll.

metrobasel

Geopolitische Spannungen und ihre Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft und Politik standen am 21. August im Zentrum des Sommeranlasses von metrobasel zum Thema «Welt in Aufruhr». Der emeritierte Politikwissenschafts-Professor und Bestseller-Autor, Prof. Dr. Herfried Münkler, zeigte in seinem Eingangsreferat auf, dass die werte- und regelbasierte Ordnung zerbrochen und an ihre Stelle eine macht-basierte Ordnung getreten sei. Europa befinde sich in einer unangenehmen Sandwichposition. In der anschliessenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von Prof. Dr. Laurent Goetschel suchten Nationalrätin Priska Seiler Graf, Regierungspräsident Dr. Conradin Cramer, Prof. Dr. Rudolf Minsch, Stv. Vorsitzender von Economiesuisse und Dr. Simon Ittig, CEO von T3 Pharmaceuticals, Ansätze, wie die Schweiz mit dieser neuen Situation umgehen sollte.

Regula Ruetz, Direktorin von metrobasel, begrüsst in ihrer Einleitung speziell die neue Präsidentin von metrobasel,



Regula Ruetz, metrobasel

Nationalrätin Patricia von Falkenstein, und dankte der UBS Basel für ihre Gastfreundschaft. Einmal mehr sei es gelungen, ein hochaktuelles Thema für den Sommeranlass festzulegen, das nicht brisanter sein könnte. Kriege, Zölle, die Macht des

Stärkeren, Imperialismus sowie mangelnde Stabilität und Verlässlichkeit prägten die heutige Weltpolitik.

Martina Koch, Regionalleiterin Corporate & Real Estate Banking Basel, wies darauf hin, dass die aktuelle Situation Aufruhr verursacht, und Angst, Unsicherheit, Unordnung sowie Verwirrung auslöst. Die Schweiz könne aber diese Herausforderungen mit ihren Stärken in der Forschung, dem Bildungswesen, ihrer Innovationskraft und ihren demokratischen Werten erfolgreich meistern.



Martina Koch, UBS

Conradin Cramer, Regierungspräsident Basel-Stadt, wies darauf hin, dass das Schweizer Geschäftsmodell, das auf Produktion und Verkauf ins Ausland ausgerichtet sei, durch die absurde Zollpolitik der USA, stark betroffen sei. Er erwähnte aber auch, dass Zölle ebenfalls für den Bund bis 1950 eine der wichtigsten Einnahmequellen waren. So war die Produktion von Autos zum Beispiel in Binningen (Monteverdi) oder Biel (Chevrolet) nur dank der protektionistischen Importzölle möglich. Erst nach 1950 wurden die Zölle zuerst reduziert und dann ganz abgeschafft. Das habe die An-



Dr. Conradin Cramer, Regierungspräsident

passungsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft erhöht und dazu geführt, dass diese heute für Turbulenzen gut aufgestellt sei.

Selbstbehauptung statt Bittsteller

Herfried Münkler beschäftigte sich in seinem Eingangsreferat mit der Frage, wie Europa und damit auch die Schweiz auf die aktuellen geopolitischen Herausforderungen reagieren sollten. Dabei sind gemäss Münkler fünf Punkte zu berücksichtigen, die er ausführte (siehe auch Beitrag von Münkler):

1. Die werte- und regelbasierte Ordnung ist zerbrochen und wird auf absehbare Zeit auch nicht wieder hergestellt werden. An ihre Stelle ist eine macht-basierte Ordnung getreten.

Der Neoliberalismus als Grundlage der globalisierten Wirtschaft sei auf eine regelbasierte Ordnung angewiesen. Für Wladimir Putin aber seien Ressentiments, Angst, Wut, Groll und Zorn die Antreiber. Weil es keine Institution mehr gibt, welche für die Einhaltung der Regeln Sorge, sind für Münkler die Regelbrecher die Gewinner. Lange Zeit habe man auf die



Vereinten Nationen und die USA als Regelordnungshüter gesetzt. Seit «America First» gilt, spiele die USA jedoch ihr eigenes Spiel, das sich ebenfalls um die geltenden Regeln fohrtiert.

Gemäss Münkler werden in Zukunft fünf grosse Akteure eine machtbierte Ordnung bestimmen: Die USA, China, Russland, Indien und Europa. Europa werde aber nur eine Rolle spielen können, wenn es die europäischen Länder schaffen, gemeinsam ein handlungsfähiger Akteur zu sein. Andernfalls sei Europa der Fussabtreter der Grossen.

2. Europa ist in eine geopolitische Sandwichposition geraten: von Russland bedroht und eingeschüchtert, von den USA bedrängt und erpresst.

Die Mittellage im Sandwich führt zum Effekt, dass man sich an eine Seite anlehne. Das war für Europa bisher die USA. Indem die USA gegenüber früher nicht mehr erkennbar sei, seien jetzt zentrifugale Kräfte spürbar. Das könne nur verhindert werden, wenn sich die EU oder der europäische Teil der NATO energisch für die Selbstbehauptung entscheide.

3. Die Europäer haben es inzwischen mit drei imperial auftretenden Akteuren zu tun: Russland, China und den USA

Die imperiale Geschichte ist mit der Dekolonisierung grundsätzlich zu Ende gegangen. Mit neuen Imperien lebe sie aber gemäss Münkler wieder auf. So verfolge China mit der «Neuen Seidenstrasse» geopolitische Strategien in dieser Richtung, ebenso mit seinen Investitionen im südlichen Afrika. Während China seine Ziele wirtschaftlich verfolge, baue Russland seine Strategie auf dem Militär und seiner Rücksichtslosigkeit auf. Die USA seien dazu übergegangen, ihre alten Vertrauensverhältnisse zu «kapitalisieren». Sie seien in eine Lage der «imperialen Überdehnung» (imperial overstretch) geraten. Das heisst, sie seien mehr militärische und ökonomische Verpflichtungen

eingegangen, als sie langfristig tragen können. Die Selbstbehauptung Europas müsse also gegenüber drei mächtigen Autokraten oder autoritär regierten Staaten erfolgen.

4. Die zentrale Voraussetzung für eine Selbstbehauptung Europas ist der Zusammenhalt der EU und die Revitalisierung des europäischen Stamms der NATO.

Gemäss Münkler übernehmen dabei Deutschland, Frankreich und Grossbritannien für die restlichen europäischen Länder immer spürbarer die Stellvertreterrolle. Europa verändere sich unter der



Prof. Dr. Herfried Münkler, Berlin

Hand aufgrund der Macht des Faktischen. Der Übergang zur Selbstbehauptung müsse schnell erfolgen und erlaube keine Kompromisse.

5. Die Europäer müssen lernen, das Portfolio der Machtsorten wieder zu vervollständigen und die Imperative der Machtpolitik zu bespielen.

Europa habe sich in der Vergangenheit auf Investitionen in die Abschreckung

beschränkt. So sei militärische Macht in wirtschaftliche Macht transferiert worden. Es zeige sich aber, dass Sanktionen zumindest kurzfristig kaum Wirkung zeigen und solche Investitionen verlorene Kosten seien.

Die europäischen Länder müssen ins Militär investieren, in die Infrastruktur, in den Weltraum und in eigene Clouds. Auch eine gemeinsame europäische nukleare Abschreckung werde nötig sein. Es brauche keine gemeinsame europäische Armee – auch nicht, wenn die USA keine Truppen mehr in Europa habe. Zwingend nötig sei aber ein gemeinsamer europäischer Generalstab.

Podium zu den Folgerungen für die Schweiz und die Region Basel

In der Podiumsdiskussion unter der Leitung von **Laurent Goetschel**, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Basel und Direktor der Schweizerischen Friedensstiftung, mit Nationalrätin **Priska Seiler Graf**, Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission, **Dr. Conradin Cramer**, Regierungspräsident Basel-Stadt, **Prof. Dr. Rudolf Minsch**, Chefökonom von Economiesuisse, **Dr. Simon Ittig**, CEO von T3 Pharmaceuticals, sowie dem Referenten **Prof. Dr. Herfried Münkler** ging es darum, konkrete Ansätze für die Schweiz im Umgang mit den Folgen der geopolitischen Spannungen zu diskutieren.

Willkür statt offene Märkten

Für Minsch erleben wir im Moment eine Zeitenwende, die Bauchweh auslöse. An die Stelle der schönen Zeit für die Schweizer Wirtschaft mit weltweit offenen Märkten sei die vollkommene Willkür von Staatsführern getreten, die sich nicht mehr an Abmachungen und Regeln gebunden fühlen. Er wies dabei darauf hin, dass die USA schon längere Zeit protektionistisch unterwegs seien und immer das machen, was für sie nützlich sei, so zum Beispiel bei den nachrichtenlosen



Vermögen, dem automatischen Informationsaustausch oder der Aufhebung des Bankgeheimnisses. Neu sei, wie offensiv das jetzt geschehe. Donald Trump gebe sich nicht einmal mehr Mühe, seine Entscheide zu begründen.

Konzentration auf Forschung und Innovation

Alle Podiumsteilnehmenden waren sich einig, dass sich die Schweiz in der schwierigen Situation auf ihre Stärken konzentrieren müsse. Er schlafe in seinem Mikrokosmos gut, meinte **Ittig**. Er fokussiere sich mit seiner im internationalen Vergleich kleinen Firma auf das, was er bewegen könne, und mit allem anderen versuche er, einen Umgang zu finden. Er nutze die wissenschaftliche Freiheit für Forschung und Innovation. Gerade in der heutigen Situation sei es wichtig, dass der Bund die finanziellen Mittel für die Grundlagenforschung und die Innovationsförderung nicht kürze. Aus dem Durcheinander in den USA könne auch die Schweiz profitieren. Wenn nämlich dort die wissenschaftliche Forschung eingeschränkt wird, können Wissenschaftler für eine Tätigkeit in der Schweiz gewonnen werden.

Auch **Conradin Cramer** äusserte sich optimistisch trotz der Ohnmacht, die er spüre. Er begründete seine Zuversicht wie Simon Ittig mit der unglaublichen Stärke der Schweiz und

insbesondere der Region Basel in Forschung und Innovation. Mit dem «Basler Standortpaket» könne der Kanton einen wichtigen Beitrag zur Innovationsförderung leisten. Die Schweizer Wirtschaft habe immer wieder gezeigt, dass sie aus schwierigen Situationen gestärkt hervorgegangen ist.

«Stall sauber halten»

Wenn das auch jetzt eintreffen soll, muss für **Minsch** in der Schweiz politisch ein Umdenken stattfinden: «Wir müssen unseren eigenen Stall sauber halten». Die KMU's würden durch ein Gestrüpp von Vorschriften, Formularen, Berichterstattungen usw. belastet. Die Regulierungswut müsse abgebaut werden. Weil die politische Handlungsfähigkeit zwingend verbessert werden muss, wird gemäss **Herfried Münkler** auch in der EU ein Prozess einsetzen, Bürokratie und Regulierung abzubauen. Er sei zuversichtlich, dass das Gestrüpp zurückgeschnitten werde.

Mehrausgaben für das Militär – keine Sparmassnahmen bei Bildung und Forschung

Wenn jetzt mehr in das Militär investiert werden müsse, dürfe das nicht mit Sparmassnahmen in Bildung und Forschung kom-

Für einen starken Wirtschaftsstandort.



Basel ist unser Zuhause – und Heimat von über 700 Unternehmen. Damit das so bleibt, engagieren wir uns tagtäglich für einen starken Wirtschaftsstandort und eine lebenswerte Region. Von Basel. Für Basel.



piert werden. Das wäre für **Seiler Graf** völlig falsch. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats sei sich über zusätzliche Ausgaben bei der Armee einig, nicht aber bei der Frage des «Was?» und des «Wieviels?». Auch beim offenen Punkt, woher das Geld kommen soll, würden die Meinungen auseinander gehen. Für Seiler Graf sind die Mehrinvestitionen nicht ohne Aufweichung der Schuldenbremse möglich.

Zusammenarbeit mit NATO

Für **Münkler** ist klar, dass die Schweiz nie der NATO beitreten wird. Mit dem Kauf der F35 könne sie aber im Luftraum ihren Beitrag zur Verteidigung Europas leisten. Die Schweiz müsse ihre eigene Rüstungsindustrie unbedingt erhalten. Das werde aber nur gelingen, wenn Käufer von Rüstungsgütern diese weiterverkaufen dürfen.

Für **Seiler Graf** kommt das Milizsystem der Schweizer Armee an seine Grenzen. Daher seien Kooperationen mit der NATO zwingend. Es gäbe schon längere Zeit gemeinsame Übungen, zum Beispiel mit der Luftwaffe. Das gleiche gelte für Beschaffungen von Rüstungsgütern. Grenzen seien der Schweiz durch die Neutralität gesetzt. Was heisst jedoch Neutralität? Die Schweiz habe bei der Auslegung des Begriffs bisher einen prag-



Nationalrätin Patricia von Falkenstein

matischen Weg beschritten. Hier brauche es aber eine klare Antwort und eine Diskussion, was unter Neutralität zu verstehen sei, fordert Seiler Graf.

Fazit: «Wir dürfen uns nicht runterkriegen lassen»

In ihrem Schlusswort zog die Präsidentin von metrobasel, Nationalrätin Patricia von Falkenstein, folgendes Fazit: «Die aktuelle weltpolitische Situation sieht nicht gut aus. Sie ist schwierig für ein kleineres Land wie die Schweiz. Wir sind der Willkür des US-Präsidenten ausgesetzt. Regelbrecher werden zu Gewinnern.

Die Schweiz muss sich auf ihre Stärken konzentrieren – Forschung & Entwicklung, Innovation und Bildungssystem –, zudem müssen die bürokratischen Belastungen für die KMU's gesenkt werden. Wir müssen optimistisch bleiben und dürfen uns nicht runterkriegen lassen!»



Laurent Goetschel, Conradin Cramer, Martin Koch, Priska Seiler Graf, Herfried Münkler, Simon Ittig, Patricia von Falkenstein, Regula Ruetz, Rudolf Minsch

Die jüngsten geopolitischen Verwerfungen und deren Folgen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Prof. Dr. Herfried Münkler

Seit Beginn des Jahres 2025 ist die politische und die wirtschaftliche Weltordnung in einem sich überschlagenden Prozess der Veränderung begriffen, bei dem kaum einer sagen kann, ob das, was heute gilt und der Fall ist, morgen noch Bestand und Gültigkeit haben wird. Der Hauptakteur dieser ständigen Umbrüche und Disruptionen ist nicht, wie in den Jahren zuvor der russische Präsident Wladimir Putin, sondern seit seinem Amtsantritt im Januar 2025 US-Präsident Donald J. Trump. Hatte Putin die Geltung des Völkerrechts, insbesondere das Verbot von Angriffskriegen in der UN-Charta, missachtet – und missachtet dies auch weiterhin –, so hat Trump den transatlantischen Westen zerschlagen, also den Kern dessen, was wir als „den Westen“ bezeichnet haben, den geopolitischen und geoökonomischen Anker der nach dem Ende des Ost-West-Konflikts entstandenen Weltordnung. Damit hat er Europa in eine grundlegend andere geopolitische Lage gebracht. Wenn ich hier abkürzend von „Europa“ spreche, so meine ich damit die Europäische Union und den europäischen Stamm der NATO. Die Schweiz gehört zwar weder dem einen noch dem anderen Verbund an, ist aber sicherheits- wie wirtschaftspolitisch mit beiden eng verbunden.



Prof. Dr. Herfried Münkler, Politikwissenschaftler und Bestsellerautor von «Welt in Aufruhr» und «Macht im Umbruch»

«Die NATO ist ein 1949 gegründetes Verteidigungsbündnis zwischen Europa und Nordamerika. Diese koordiniert gemeinsame Verteidigung, internationale Einsätze und militärische Zusammenarbeit unter ihren 32 Mitgliedstaaten»

Europa ist durch das Agieren von Putin und Trump in eine Sandwich-Position geraten, in der es von Russland

bedroht und eingeschüchert und von Trump bedrängt und erpresst wird. In der Folge sind die in der EU ohnehin vorhandenen zentrifugalen Kräfte noch einmal stärker geworden. Diese Kräfte, die für eine Anlehnung an Russland plädieren, sind nicht nur in Ungarn, der Slowakei und jetzt auch in Tschechien angesiedelt, sondern auch in den großen und maßgeblichen Ländern, Deutschland und Frankreich, wengleich nicht in Regierungsverantwortung.

Und auf der anderen Seite gibt es diejenigen, die die Lage schönreden und behaupten, der transatlantische Westen bestehe weiterhin fort und man müsse dem amerikanischen Präsidenten nur etwas entgegenkommen, um die US-Sicherheitsgarantien für Europa weiter zu behalten und des Weiteren zu zollpolitisch erträglichen Abkommen zu gelangen. Das dürfte in der operativen Politik darauf hinauslaufen, dass die Europäer gegenüber Washington in die Rolle eines unterwürfigen Bittstellers geraten, der mehr oder weniger verächtlich behandelt wird, und der gegenüber Moskau eingeschüchert klein beigt. Das hätte vermutlich zur Folge, dass die Drohungen und Forderungen des Kremls ständig weiterwachsen werden. Sehen wir uns die Lage etwas genauer an.

1. Die regel- und wertebasierte Ordnung ist zerbrochen, und sie wird auf absehbare Zeit auch nicht wiederhergestellt werden. An ihre Stelle ist eine macht-basierte Ordnung getreten, in der rabiates Durchset-

zungsvermögen qua Drohung und notfalls auch offenem Gewalteinsatz die ausschlaggebende Rolle spielt. Was das heißt, lässt sich nicht nur am Ukrainekrieg beobachten. Dort besteht die russische Seite darauf, dass ein Friedensvertrag abgeschlossen werden muss, in dem die Ukraine alle russischen Forderungen erfüllt, also de facto kapituliert, bevor Russland in einen Waffenstillstand an der Front und ein Ende der Luftangriffe auf die ukrainische Infrastruktur einwilligt. Auch am 12-Tage-Krieg zwischen Israel und dem Iran kann man sehen, dass die Europäer dessen Ende mit diplomatischen Mitteln nicht erreicht haben, während Trumps Drohung einer Einstellung der US-Waffenhilfe gegenüber Israel und der Angriff US-amerikanischer

B-2-Bomber auf Teheran dieses Ende erzwungen hat. Machtbasierte Ordnung heißt, dass nur derjenige regional wie global etwas zu sagen hat, der über große militärisch Macht verfügt.

Vor allem aber heißt es: **An die Stelle des Vertrauens in die Regeltreue der Anderen ist das Vertrauen in die eigene Selbstbehauptungsfähigkeit getreten. Wo das noch nicht ist, muss dringlich daran gearbeitet werden.** Sonst kann das betreffende Land – und das gilt auch für Europa als Ganzes und gerade auch für die Schweiz – zum Spielball der Interessenverfolgung Anderer werden. Dies betrifft keineswegs nur die militärischen Fähigkeiten, auch wenn sich zurzeit die öffentliche Debatte auf sie konzentriert. Denn die Politik der wirtschaftlichen Globalisierung, also die ökonomische Verflechtung der nationalen Wirtschaften mit denen der Nachbarn sowie weltweit, ist auf eine regelbasierte Ordnung im globalen Maßstab angewiesen. Wo das nicht mehr der Fall ist, verwandeln sich Verflechtungen in Abhängigkeiten, die von dem jeweils Stärkeren nach Belieben bespielt werden. China und die USA haben zuletzt eine Reihe von Beispielen dafür geliefert. **Die Disruptionen der jüngsten Zeit betreffen also nicht nur die politischen Strukturen des globalen Systems mitsamt dem Völkerrecht, sondern auch den Welthandel und die Weltwirtschaftsordnung.** Sie sind also umfassend und machen auch vor der Neutralität nicht halt, wie die Schweiz zuletzt erfahren musste.

2.

In der Retrospektive lässt sich festhalten, dass weder die Wirtschafts- noch die Politikwissenschaft ihre zentralen Annahmen und Prognosen hinreichend bedacht und geprüft haben. Weitgehend haben sie darauf vertraut, dass die realen Akteure dem kalkülationalen Kosten-Nutzen-Abwägen strikt folgen würden. Das hätte bedeutet, dass Putin die Ukraine nicht angegriffen hätte oder durch die Annexion der Krim saturiert gewesen wäre. Und Trump hätte die Welthandelsordnung nicht durch seine willkürliche und erpresserische Zollpolitik zertrümmert.

Was bei dem Vertrauen in die Stabilität einer Friedensordnung generell unterschätzt wurde, war das Erfordernis eines „Hüters der Ordnung“. Dieser hätte dafür zu sorgen gehabt, dass der Regelbrecher zuletzt nicht der Gewinner war, sondern für den Regelbruch erhebliche Nachteile in Kauf zu nehmen hatte, welche ihn von künftigen Regelbrüchen abhalten würden. Die Frage blieb unbeantwortet, wer dafür sorgen sollte, dass die Entscheidungen von internationalen Schiedsgerichten, von allen, auch den großen

«Was bei dem Vertrauen in die Stabilität einer Friedensordnung generell unterschätzt wurde, war das Erfordernis eines „Hüters der Ordnung“»

Mächten, akzeptiert würden, um Kriege zu verhindern. Manche, zumal solche in der Schweiz oder in Deutschland, setzten dabei auf die Vereinten Nationen, andere auf die OECD, wieder andere auf die weltweite Öffentlichkeit, die keine Regelbrüche akzeptieren würde. Aber das war ein Vertrauen in Institutionen und Organisationen, die allesamt

zu schwach waren, sich selbst blockierten und vor allem über keine Zwangsmittel verfügten, um einen Regelbrecher zur Umkehr zu nötigen. De facto waren es die USA, die diese Aufgabe übernommen haben, ihr jedoch nur selektiv nachkamen. Zudem verwechselten sie häufig die Rolle des „Hüters“ mit der eines „Herrn“. Und schließlich hatten sie keine Lust mehr, sich dieser anspruchsvollen Aufgabe zu unterziehen. Trumps Parole „America first“ wurde zum definitiven Rückzug aus dieser Rolle. Aber ohne Hüter der Regeln funktioniert keine regelbasierte Ordnung.

«Die OECD ist eine internationale Organisation von überwiegend wirtschaftlich entwickelten Staaten, gegründet 1961. Ziel ist es, wirtschaftliches Wachstum, gesellschaftlichen Fortschritt und stabile Rahmenbedingungen zu fördern»

Es wird auch zukünftig keinen geben, der diese Rolle zu übernehmen bereit und fähig ist. Sie läuft nämlich darauf hinaus, common goods bereitzustellen. Also etwas, von dessen Nutzung keiner ausgeschlossen werden kann, während die Kosten und Lasten für deren Verfügbarkeit an einem Einzigen mit vielleicht einigen Unterstützern hängen bleiben. Das wirtschaftswissenschaftliche Theorem einer tragedy of the commons, im Deutschen als „Tragödie der Allmende“ bezeichnet, erklärt das Dilemma dessen, der die Kosten der Gemeingüter trägt und beobachtet, wie sich die freeriders, die Trittbrettfahrer, über sie hermachen, ohne sich je um deren Verfügbarkeit zu kümmern.

3.

Das Zerbrechen des transatlantischen Westens hat Europa, wie bereits angesprochen, in eine Sandwichposition gebracht und die zentrifugalen Kräfte in der EU noch einmal verstärkt. Unter diesen Umständen bedarf es eines starken zentripetalen Akteurs, der die EU zusammenhält und dafür sorgt, dass es nicht von Russland, den USA oder auch China in seine Bestandteile zerlegt wird. Unter den gegebenen Umständen kann nur die Bundesrepublik Deutschland diese Aufgabe übernehmen. Aber auch wenn sie das bevölkerungsreichste, wirtschaftlich stärkste und mit dieser Aufgabe tendenziell vertraute Land Europas ist, so kann es diese Rolle doch nicht allein spielen, sondern bedarf dazu Mitstreiter. Dafür kämen als Repräsentant Westeuropas Frankreich, als Führungsmacht Ostmitteleuropas Polen, als Vormacht des europäischen Südens Italien sowie – zumindest innerhalb der NATO – das EU-Nichtmitglied Großbritannien in Betracht, die mit Deutschland als Vormacht Mitteleuropas eine Fünfergruppe bilden können. Dies würde so etwas wie eine interne Hierarchisierung Europas darstellen. Indem diese Vormacht die nicht vergemeinschafteten Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik an sich zieht, würde sie zu beschleunigten Reaktionen auf Herausforderungen in der Lage sein, vor denen das Europa der 27 wegen des Einstimmigkeitsprinzips der EU sonst kapitulieren müsste.

Die Entstehung einer solchen vertrauensvoll zusammenarbeitenden Fünfergruppe würde auf mittlere Sicht zu einer anderen EU führen. Eine, die ein politisch handlungsfähiger Akteur ist und sich in der geopolitischen Mitteposition zu



Fünfergruppe: Frankreich, Polen, Italien, Grossbritannien und Deutschland

behaupten vermag, ohne von den an seinem Verschwinden interessierten Gegenakteuren zerrieben zu werden. Es ist unter diesen Umständen nicht auszuschließen, dass einige Mitgliedsstaaten die Union verlassen würden, aber da es sich bei den dafür in Frage kommenden Kandidaten zumeist um Nettoempfängerstaaten handelt, die bei einem Austritt aus der EU obendrein den Zugang zum gemeinsamen Markt verlieren würden, hätte das für diese katastrophale Folgen. Es dürften darum nicht allzu viele sein. Eher werden sie sich mit den neuen Entwicklungen arrangieren, unter denen sich die EU aus einem umtriebigen Regelgeber und Regelbewirtschafter zu einer regional- wie globalpolitisch relevanten Macht verwandeln kann, einer Macht, die den ihr angehörenden Staaten nicht nur Schutz, sondern auch Einfluss verschaffen kann.

4.

Was wir derzeit verstärkt beobachten, ist die Wiederkehr eines Untoten, mit dem die meisten nicht mehr gerechnet haben: der politischen Figur des Imperiums. Es sind Russland, China und inzwischen auch die USA, die imperial agieren, indem sie sich Einflusszonen zu verschaffen suchen, dazu uneingeschränkten Zugriff auf Rohstoffe. Dies bedingt eine Öffnung der für sie attraktiven Märkte, um sich Rohstoffe und Güter anzueignen. Dabei kommt es zum Einsatz unterschiedlicher Machtsorten: während die Chinesen ihre Neuen Seidenstraßen vorzugsweise mit wirtschaftlicher und vor allem finanzieller Macht aufbauen, müssen die Russen vor allem auf militärische Macht vertrauen sowie auf die Attraktivität ihrer Rohstoffe und Energieträger, die sie deswegen billiger anbieten müssen als ihre Konkurrenten. Das ist keine robuste und resiliente Position.

«Wir beobachten die Wiederkehr eines Untoten, mit dem die meisten nicht mehr gerechnet haben»

Etwas anders stellt es sich im Falle der USA dar: Sie nehmen eine Konstellation als Hegemon einer globalen unipolaren Ordnung wahr, die sie verlassen wollen, um die von vielen ihrer Strategieanalytiker für unausweichlich angesehene Konfrontation mit China erfolgreich bestehen zu können. **Beim sicherheitspolitischen Rückzug der USA aus von ihnen als geostrategisch sekundär angesehenen Zonen schwanken sie zurzeit, in welchem Maß Europa dazugehört.** Ein um Kanada und Grönland vergrößerter US-Staat, der infolge seiner Kontrolle des Panama-Kanals seine maritimen militärischen Fähigkeiten schnell und ohne größeren Aufwand aus dem atlantischen in den pazifischen Raum verlegen kann, ist offenbar das Ziel der Trump-Administration. Es ist indes fraglich, ob die USA dabei mehr an Stärke und Einfluss verlieren, als sie durch die

territoriale Bündelung ihrer Kräfte gewinnen. Aber das muss nicht die Sorge der Europäer sein. Für Europa heißt das, dass es dann der letzte großräumlich relevante Bannerträger des demokratischen Rechtsstaats sein wird, der sich darauf einstellen muss, sich gegen die Angriffe der autoritären Regime behaupten zu können.

5.

Die Selbstbehauptung Europas setzt voraus, dass es das Portfolio der Machtsorten wieder ausgeglichen und Defizite aufgefüllt haben muss. Nur dann kann es seine Verletzlichkeit gegenüber Russland und den USA deutlich vermindern. Ein heikles Thema ist dabei die Frage nach der Fähigkeit der Europäer zu einer autonomen nuklearen Abschreckung. Nachdem Russland mehrfach durch nukleare Drohungen auf die europäische Politik Einfluss zu nehmen versucht hat und der Entzug des US-amerikanischen nuklearen Schutzschildes Trumps gefährlichste Waffe bei der Durchsetzung seiner Ziele gegenüber den Europäern ist, liegt es nahe, über diese nukleare Frage intensiv und sorgfältig nachzudenken. Falls die USA ihre Militärpräsenz in Europa weiter ausdünnen, ist ebenfalls darüber nachzudenken, ob der Oberkommandierende der NATO-Truppen zukünftig ein Europäer sein soll, was zugleich hiesse, im NATO-Hauptquartier einen wesentlich europäischen Generalstab aufzubauen.

Mit dem Militärischen ist es bei der Erreichung strategischer Autonomie jedoch nicht getan. Es geht ebenso darum, Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten der Europäer bei der Versorgung mit Rohstoffen und Energieträgern abzubauen, um eine wirtschaftliche Erpressbarkeit durch die drei imperialen Akteure zu minimieren und im technologischen Wettlauf, insbesondere im Bereich der künstlichen Intelligenz, der Clouds und der Rechenkapazitäten sowie im Weltraum gegenüber den USA und China aufzuholen. Auch sollte der Kauf europäischer Unternehmen in technologisch sensiblen Bereichen durch einen der großen imperialen Akteure deutlich eingeschränkt werden, um die eigene Innovationsfähigkeit zu stärken. Eine umfassende Kooperation zwischen den europäischen Ländern beziehungsweise eine strategische Aufgabenverteilung innerhalb Europas ist hierbei erforderlich, um die Kosten einer solchen Politik in Grenzen zu halten.

Prof. Dr. Herfried Münkler

Deutscher Politikwissenschaftler, Professor emeritus für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und Autor zahlreicher Standardwerke zu Imperien, Kriegstheorie, politischer Ordnung und Geopolitik.

Bestseller von ihm sind u.a. «Welt in Aufruhr» (2023) und «Macht im Umbruch» (2025)

Schweizer Erfolgsmodell auf dem Prüfstand

Die Schweiz ist eine kleine, sehr offene und wettbewerbsstarke Volkswirtschaft. Doch drakonische US-Zölle, neue digitale Technologien sowie der politisch kontrovers diskutierte, steigende Bedarf an Verkehrs-, Energie- und Verteidigungsinfrastruktur stellen das Schweizer Erfolgsmodell auf den Prüfstand. Verändern sich mit den globalen Rahmenbedingungen auch die Erfolgsfaktoren oder garantieren die bisherigen Stärken des Schweizer Wirtschaftsmodells auch den künftigen Erfolg?

Dr. Sandro Merino Nach der Ankündigung am 2. April 2025 hat die USA ein Zollsystem eingeführt, das Handelsbarrieren anderer Nationen gegen die USA «reziprok» sanktioniert. Volkswirtschaftlich lässt sich die zugrundeliegende Zoll-Systematik nicht fundiert begründen. Die Festlegung der Zölle aufgrund gegenwärtig existierender Handelsbilanzdefizite pro Exportland wirkt willkürlich. Dabei sind die Auswirkungen auf die betroffenen Volkswirtschaften teils erheblich. Dies gilt auch für die Schweiz. Die pünktlich zum Schweizer Nationalfeiertag verhängten Zölle von 39 % auf Schweizer Exporte in die USA gehörten zu den höchsten weltweit. Dabei führten anscheinend der sehr erfolgreiche Standort der globalen Pharmaindustrie und die gewichtigen Interventionen der Schweizerischen Nationalbank SNB zur Schwächung des stets starken Schweizer Frankens zu diesem Zollsatz. Dass beim Austausch von Dienstleistungen die Vereinigten Staaten einen grossen Überschuss erzielen, wurde bei der Würdigung der Handelsbeziehungen seitens der USA nicht in Betracht gezogen.

Schweizer Exportüberschuss: grosse Bedeutung der USA

Im Jahr 2024 erzielte die Schweiz einen Handelsbilanzüberschuss bei Waren von 66.3 Milliarden CHF, was 8 % des Schweizer Bruttoinlandprodukts (BIP) von 2024 entspricht (823.73 Mrd. CHF). Dabei ist der Saldo aus dem Warenhandel mit den USA mit 38.7 Milliarden CHF ein zentraler Postivposten. Seine jährliche Veränderung als Prozent des Schweizer BIPs hat einen direkten Einfluss auf das Schweizer Wirtschaftswachstum. Mit einem Anteil des Handelsüberschusses am BIP von 4.7 % wäre ein deutlicher Rückgang der Warenexporte in die Vereinigten Staaten von signifikanter volkswirtschaftlicher Relevanz für die Schweiz. Die Schweizer Pharmaindustrie exportierte 2024 Waren im Wert von über 30 Milliarden CHF in die USA und liefert somit den Hauptbeitrag zum Überschuss mit den Vereinigten Staaten. Andere exportstarke Industrien (z.B. Uhren, Apparate, Chemie) tragen in weit geringerem Mass zum Handelsbilanzüberschuss der Schweiz mit den USA bei.

Wachstum durch Zuwanderung und Exporte

Die Schweiz gehört zu den ökonomisch erfolgreichsten und gleichzeitig offensten Volkswirtschaften der Welt. Länder wie Singapur, Irland, Hong Kong und – wenn auch deutlich grösser – Deutschland verfolgen ein ähnliches Modell. Mit einem Aussenhandelsvolumen von 138 % des Schweizer BIPs hat der grenzüberschreitende Handel für die Schweiz eine herausragende Bedeutung. Die Globalisierung hat seit Ende der 1980er Jahre zu einem starken Wachstum des weltweiten Warenhandels geführt. Regelbasierte globale Rahmenbedingungen mit rückläufigen Handelshemmnissen und neuen

Freihandelsabkommen, gepaart mit Innovationskraft und Produktivität, haben für eine ökonomisch erfolgreiche Umsetzung der Schweizer Wettbewerbsfähigkeit gesorgt. Bis auf die Schweizer Landwirtschaft, die mittels Handelsschranken vor Konkurrenz abgeschirmt wird, war und ist die Schweiz ein Musterbeispiel einer kleinen und sehr offenen Volkswirtschaft. Die Schweiz hatte in den ver-

gangenen zwei Jahrzehnten ein deutlich höheres Wirtschaftswachstum als der Durchschnitt der Länder in der umgebenden Eurozone. Eine entscheidende Rolle spielten dabei die Zunahme der ständigen Wohnbevölkerung aufgrund eines stets positiven Einwanderungsüberschusses und das starke Exportwachstum bei Chemie- und Pharmaexporten.

Flexibilität und globale Diversifikation bleiben zentral

Der neue US-Protektionismus – und die stärker werdende Konkurrenz aus China – stellen epochale Herausforderungen für die Schweiz und die Metropolitanregion Basel dar. Aus unseren Kontakten mit Schweizer Unternehmen lässt sich dabei trotz aller Widrigkeiten indikativ eher eine Grundstimmung der Zuversicht ableiten. Die Erwartung ist, dass man einen starken Nachfragerückgang aus den USA dank Agilität und Flexibilität vermeiden wird. Fertigungs- und Logistikketten sind oft bereits international organisiert und es gibt verschiedene Optionen, dem US-Zollruck zu begegnen, inklusive der Möglichkeit die Produktion stärker in die USA zu verlagern. Die Reaktionen der Aktienkurse auf die Verhängung der US-Zölle haben dabei verdeutlicht, dass es die globale Diversifikation den meisten Unternehmen im SPI ermöglicht, flexibel und erfolgreich auf die neuen Herausforderungen zu reagieren. Dies gilt auch für die Firmen aus der Metropolitanregion.



*Dr. Sandro Merino, BKB
Chief Investment Officer*

Für mehr Europa – auch in der Sicherheit

Nationalrätin Priska Seiler Graf

Der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 war ein Wendepunkt. Für die westliche Welt, für die Schweiz und auch für mich persönlich. Als Kind der 80er Jahre habe ich den Kalten Krieg mit seinem wahnsinnigen Wettrüsten sehr gut miterlebt, aber auch den Fall der Berliner Mauer 1989, der so grosse Hoffnungen weckte. Ja, ich glaubte, dass Europa einen Schritt vorwärts in seiner Entwicklung gemacht hatte, und mir wurde klar, dass Veränderungen möglich sind, ohne dass man zum Krieg greifen muss. Und ja, es mag naiv gewesen sein, aber es war ein sehr schönes Gefühl, das Millionen von Menschen mit mir teilten. Und nicht nur Menschen, sondern auch zahlreiche Regierungen in europäischen Ländern. Von diesem Gefühl sind wir momentan weit entfernt, im Gegenteil, es wird nun in Europa wieder stark aufgerüstet. Auch die Schweiz erhöht ihr Armeebudget, was ich unter den gegebenen Umständen durchaus für richtig halte. Es ist für mich aber nicht akzeptabel, dass im Bundeshaus versucht wird, diese Mehrkosten an anderen Orten einzusparen: bei der internationalen Zusammenarbeit, beim Personal, bei der Bildung oder bei der Verkehrsinfrastruktur. Auch das sind wichtige Aufgabenbereiche und durchaus ebenfalls sicherheitsrelevant (wenn ich zum Beispiel ans Personal beim fedpol und Nachrichtendienst denke). Meiner Meinung nach müssen wir ernsthaft darüber diskutieren, die Schuldenbremse zu lockern oder eine Spezialfinanzierung zu finden. Unsere europäischen Partnerländer haben dies bereits schon getan.

Zudem muss die Schweiz auch dringend ihre Sicherheitspolitik und ihre Beziehungen zur NATO neu überdenken. Wir haben uns nie gefragt, was es tatsächlich bedeutet, neutral zu sein. Es war einfach immer offensichtlich, dass es etwas Gutes sein muss. Der schreckliche Krieg in der Ukraine zeigt uns jedoch, dass viele Fragen zur Neutralität noch nicht beantwortet sind. Sollte sich die Schweiz zum Beispiel an den EU-Sanktionen beteiligen? Der Bundesrat hat entschieden, dass dies der Fall sein sollte, da der Angriff Russlands auf die Ukraine eindeutig einen Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt. Meiner Meinung nach war dies die richtige Entscheidung. Neutral zu sein bedeutet nicht, keine Stellung zu beziehen. Sonst unterstützt man automatisch den Angreifer. Die Schweiz muss sich immer auf die Seite des Völkerrechts stellen, die UNO-Charta ist unser Kompass. Leider findet in der Öffentlichkeit kaum eine



Priska Seiler Graf, Nationalrätin
Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission

Debatte darüber statt, was Neutralität im 21. Jahrhundert bedeutet, obwohl das dringend nötig wäre. Ein Grund dafür ist die Angst vor der Neutralitäts-Initiative der SVP, welche genau genommen eine Anti-Sanktions-Initiative ist. Man möchte der Initiative keine zusätzliche Bühne geben, weil man befürchtet, dass ihr das nützen könnte. Ich bezweifle, dass dies die richtige Taktik ist. Eigentlich liefert gerade die Initiative einen zusätzlichen guten Grund dafür, über unsere Neutralität der Zukunft zu diskutieren. Und diese Diskussion ist bitter nötig.

Ein weiteres aktuelles Thema sind die Beziehungen der Schweiz zur NATO. Hierzu wird derzeit eine lebhafteste Debatte auf politischer Ebene geführt. Die Schweiz beteiligt sich an «Partnership für Peace»-Programmen und nimmt auch an NATO-Übungen teil. Dies war bereits vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine der Fall, ich halte dies für sehr sinnvoll. Da der Bundesrat die Zusammenarbeit mit der NATO noch weiter verstärken will, ist eine grosse Debatte über das Ausmass dieser Zusammenarbeit und ihre Sinnhaftigkeit entbrannt. Wir müssen Fragen beantworten, die wir uns in den letzten Jahrzehnten nie gestellt haben. Das ist ungewohnt und unangenehm. Aber wir kommen nicht darum herum, das zu tun. Ich persönlich halte eine verstärkte Kooperation mit der

NATO für den richtigen Weg. Sie ist ein grosser Gewinn für die Sicherheit unseres Landes.

Zudem leben wir heute im Zeitalter der Blockbildungen. Die Schweiz wird nicht darum herumkommen, sich endlich klar zu einem der Blöcke zu bekennen, und das kann doch nur Europa sein. Ich bin überzeugt, dass wir noch enger mit Europa zusammenarbeiten müssen: wirtschaftlich (Stichwort Bilateral III), aber auch in Bezug auf die Sicherheitspolitik. Deshalb erscheinen mir Initiativen wie die „European Sky Shield Initiative“ (ESSI), wo es um eine koordinierte Beschaffung in der Luftabwehr geht, durchaus sinnvoll.

Die Schweiz liegt im Herzen Europas, sie gehört zu Europa. Das sind unsere Freunde. Wir sollten uns mit ihnen solidarisch zeigen. Gerade nach der verwirrenden und beunruhigenden Rede des US-Vizepräsidenten J. D. Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar dieses Jahres ist meine Antwort glasklar: Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Europa, denn wir sind ein Teil davon.

US-Wirtschaftspolitik und die Folgen für Basel und die Schweiz – was tun, wenn man keine Glaskugel hat?

Nationalrätin Patricia von Falkenstein

Libérale westliche Staaten zeichnen sich unter anderem durch Verlässlichkeit ihrer Rechtsordnung aus. Seit einem Jahr stellen wir fest, dass diese Eigenschaft für die USA nicht mehr vollumfänglich gilt. Das zeigt das Beispiel der Zölle, mit denen Schweizer Exporte in die USA von US-Präsident Trump belegt wurden. Die angekündigten 39% haben uns aufgeschreckt und bereits zu negativen Folgen für direkt betroffene Schweizer Firmen und ihre Zulieferbetriebe geführt.

Dann eine Wende, die mit dem Besuch einer Schweizer Wirtschaftsdelegation beim US-Präsidenten zu tun haben dürfte: Reduktion auf 15%. Obwohl hier freudig begrüsst, ist auch diese Steuer noch immer zu hoch und widerspricht den Prinzipien eines freien Handels.

Im Raum steht zudem die Forderung von Trump, auch die Pharma-Unternehmen aus der Schweiz mit höheren Zöllen zu belegen. Die Androhungen aus dem Weissen Haus sind bekannt – auch die Absicht der beiden grossen Basler Pharmaunternehmen zeitnahe enorme Summen in den USA zu investieren. Das müsste doch nicht nur Basel und auch die übrige Schweiz, sondern vor allem die nationale Politik interessieren!

Heute kann niemand genau oder auch nur einigermaßen plausibel die Folgen dieser Entwicklung für Basel und die Schweiz abschätzen. Was aber getan werden kann ist, mehrere Szenarien durchzuspielen, damit die Gefahr eines wirtschaftlichen Bedeutungsverlustes der Pharma in Basel und dessen Folgen etwas konkreter dargestellt werden können.

Was weiter zwingend getan werden muss: Der Bundesrat muss sich endlich seriös um die Pharma-Industrie kümmern. Bisher wurde die Export-Schweizermeisterin, die Pharma-Branche, vom Bund sträflich vernachlässigt. Die Pharma war im Bundesrat dann ein Thema, wenn die Medikamentenpreise wieder einmal gesenkt werden sollten, dann wurden die Firmen kontaktiert. Nicht aber, um die enorme Forschungsleistung, die namhaften Steuerzahlungen, die grosse Wertschöpfung in allen Kantonen, in denen neben den beiden grossen Basler Firmen auch andere tätig sind und Arbeitsplätze stellen, zu würdigen oder gar zu verdanken.

Ich habe dazu im Nationalrat bereits im Mai 2025 eine Motion eingereicht, die verlangt, dass eine Pharma- und Life Science-Strategie auszuarbeiten ist. Ständerätin Herzog hat

danach im Juni einen ähnlichen Vorstoss im Ständerat eingereicht, der dort bereits angenommen worden ist. Für mich ist nicht nachvollziehbar, dass der Bundesrat die Ablehnung der Vorstösse beantragt hat.

Ich bleibe dran und bin sicher, dass auch der Nationalrat meinen Forderungen entsprechen wird: Es braucht rasch eine Strategie, welche zusammen mit den betroffenen Firmen, anderen Forschungsinstitutionen und Branchenverbänden zu erarbeiten ist. Zudem ist eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt für Gesundheit, dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation und dem Staatssekretariat für Wirtschaft dringend notwendig. Ziel der Strategie muss sein, zeitnah Verbesserungen der Rahmenbedingungen

zu erzielen und die Rechts- und Planungssicherheit wieder herzustellen. Auch muss zum Beispiel zwingend der Masterplan Biomedizinische Forschung wieder aufgenommen werden, der vom BAG aus nicht nachvollziehbaren Gründen nicht weitergeführt wurde. Auch eine Forderung, welche seit fast zehn Jahren von der forschenden Industrie immer wieder gestellt wird, muss endlich erfüllt werden: die Zurverfügungstellung von anonymisierten Patientendaten, damit noch gezielter nach den Ursachen und Bekämpfungsmöglichkeiten von Krankheiten auch in der Schweiz geforscht werden kann. Das Ausland ist uns auch hier voraus.

Entscheidungen unserer wichtigen Handelspartner können wir nicht oder nur bedingt beeinflussen. Was wir aber können, ja sogar müssen ist unsere Hausaufgaben machen und die Bedingungen für exportierende Firmen – nicht nur im Life Science-Bereich – endlich zu verbessern.



Patricia von Falkenstein
Nationalrätin und Präsidentin metrobasel

Für den Standort Basel gilt es, an Zeiten zu denken, in denen die Steuereinnahmen von Big Pharma vielleicht nicht mehr so üppig fliessen, *gouverner c'est prévoir* heisst es. Wenn man die Debatten im Grossen Rat verfolgt und die Forderungslisten der linken Parteien sieht, ist davon noch nicht die Rede: Stattdessen werden staatliche Subventionierung die Viertageweche in Kleinbetrieben, oder U-Abo und Velo-Entschädigungen für Staatangestellte gefordert, um nur einige Beispiele zu nennen.

Es ist zu hoffen, dass die übergeordnete Veränderung zum Schlechten sich bald in Richtung «weniger schlimm» bewegt. Aber nur Hoffen reicht nicht, wir müssen unbedingt auch handeln!

Wirtschaftliche Herausforderungen im Zeichen geopolitischer Spannungen

Prof. Dr. Rudolf Minsch

Die vergangenen Monate standen für die Schweizer Wirtschaft im Zeichen erheblicher Unsicherheit. Die von den USA ausgelöste Eskalation des globalen Handelskonflikts hat die Weltwirtschaft erschüttert und wird uns voraussichtlich noch länger begleiten. Insbesondere die von Präsident Trump verhängten US-Zölle führen zu ständigen Verwerfungen – mit spürbaren Auswirkungen auf exportorientierte Volkswirtschaften wie die Schweiz.

Geopolitische Spannungen belasten Schweizer Unternehmen

Seit der Finanzkrise 2008 nimmt der Protektionismus weltweit zu. Das strategische Ringen zwischen den USA und China verschärft diese Entwicklung zusätzlich. Beide Mächte nutzen Handelspolitik zunehmend als geopolitisches Instrument, was globale Wertschöpfungsketten fragmentiert und die Unsicherheit weiter erhöht. Eindrücklich zeigt der Index in der Abbildung das derzeit hohe Ausmass der Unsicherheit über die künftige Ausgestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Nur während der Pandemie war diese Unsicherheit so aussergewöhnlich hoch wie jetzt. Unsicherheit erschwert langfristige Investitionsentscheide erheblich und belastet die Weltwirtschaft. Für die international stark vernetzten Schweizer Unternehmen bedeutet dies: Flexibilität und Anpassungsfähigkeit werden zur Kernkompetenz.

Als Exportnation ist die Schweiz von solchen Entwicklungen direkt und stark betroffen. Die Schweiz verdient 2 von 5 Franken im Ausland. Ohne eine florierende Exportindustrie wäre die Schweiz also arm wie eine Kirchenmaus. Die Schweiz ist eine kleine, aber extrem erfolgreiche Exportnation. Wir gehören zu den weltweit 20 grössten Exportländern.

Die Einführung von US-Zöllen auf Schweizer Industriegütern war ein daher einschneidender Moment für die Schweizer Exportwirtschaft. Trotz der offenen Handelspolitik der Schweiz und der vollständigen Abschaffung der Industriezölle per 1. Januar 2024 wurden Schweizer Exporte mit länderspezifischen US-Zöllen von 39 Prozent belegt. Die Folgen waren steigende Exportkosten, eine geschwächte Wettbewerbsfähigkeit und ein spürbar eingetrübtes Investitionsklima.

Wenn man die Zahlen betrachtet, dann sieht man, dass die Schweiz seit Anfang des Jahres im Vergleich zum Vorjahr

zwar 4,6 Prozent mehr exportiert hat als 2024. Dies hängt aber auch damit zusammen, dass viele Firmen aufgrund der Zölle noch rechtzeitig ihre Lager in den USA aufgefüllt haben. Betrachtet man nur das dritte Quartal, gingen die Schweizer Exporte in die USA um 8,2 Prozent zurück. Die Branchen sind dabei unterschiedlich betroffen. Besonders stark trifft es die Schweizer Tech-Industrie. Bei deren Exporten in die USA resultierte im dritten Quartal ein Minus von 14,2 Prozent. Gleichzeitig schwächeln dort auch andere Märkte. Die Exporte nach China sind seit anfangs Jahr um 15,5 Prozent zurückgegangen. Durch die stagnierende Wirtschaftsentwicklung in China wird deutlich weniger in neue Maschinen und Anlagen investiert. Dies zum Nachteil der Schweizer Exportindustrie. Generell lässt sich festhalten: Wenn die Zölle bald verschwinden, dann wird sich der Schaden in Grenzen halten. Mit jedem Monat, in denen sie bleiben, wird der Schaden grösser werden.



Prof. Dr. Rudolf Minsch
Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom,
Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung economiesuisse

Die kürzliche Reduktion der US-Zölle auf 15 Prozent ist daher ein Lichtblick. Die Schweiz erhält damit gleich lange Spiesse wie die EU-/EFTA-Staaten, wodurch ein wesentlicher Wettbewerbsnachteil für die Schweiz wegfällt. Dennoch bleibt die Unsicherheit über die künftige US-Zollpolitik bestehen und sie erschwert den Unternehmen weiterhin die Planung.

Umso wichtiger ist für die Schweiz, die Strategie der Diversifizierung unserer Handelsbeziehungen mit dem Abbau von Handelshemmnissen und dem Abschluss neuer Freihandelsabkommen voranzutreiben. Ein rasches Inkrafttreten der Abkommen mit Mercosur (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay), Thailand und Malaysia sowie der Abschluss der Verhandlungen mit Vietnam und China sind dabei zentral.

Bilaterale III bringen Stabilität und Sicherheit

Gerade in unsicheren Zeiten mit einem drohenden Handelskrieg der Grossmächte, Krieg vor den Toren Europas, zunehmenden geopolitischen Spannungen und einem schwächelnden Multilateralismus sind stabile und funktionierende vertragliche Beziehungen zur wichtigsten Handelspartnerin EU für den Wohlstand und die Sicherheit in der Schweiz absolut unverzichtbar. Die bilateralen Verträge haben der Schweiz in den vergangenen Jahrzehnten Wohlstand und Sicherheit gebracht. Sie haben sich als massgeschneiderte Lösung für unser Land erwiesen. Mit den Bilateralen III bietet sich der Schweiz die Chance, ihren eigenen Weg zu sichern und weiterzugehen.

Der Schweizer Weg bleibt ein Garant für Wohlstand und Eigenständigkeit, während gleichzeitig die Versorgungssicherheit und die Innovationskraft weiter gefördert werden. Diese Chance gilt es zu nutzen.

Die Bilateralen III bieten nicht nur wirtschaftliche Vorteile durch den Abbau von Handelshemmnissen und die Verbesserung der Rechtssicherheit, sondern ermöglichen auch eine weiterhin starke Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung sowie der Energieversorgung. Angesichts der steigenden geo- und handelspolitischen Unsicherheiten sind sie daher eine strategische Notwendigkeit.

Es braucht ein Massnahmenpaket zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts

Neben den globalen Herausforderungen sehen sich Schweizer Unternehmen auch mit zunehmender Bürokratie und regulatorischer Komplexität konfrontiert. Diese Faktoren beeinträchtigen die Standortqualität und erschweren unternehmerisches Handeln zusätzlich. Gerade in instabilen Zeiten ist es entscheidend, die Rahmenbedingungen flexibel, innovationsfreundlich und wettbewerbsfähig zu gestalten.

Die aktuelle Lage muss daher ein Weckruf für die Politik sein. Die Schweizer Wirtschaft darf nicht durch Gesetze und Verordnungen eingeschränkt und belastet werden. Ebenfalls gilt es, die Kostenlast für Unternehmen und Arbeitnehmende rasch und massgeblich zu reduzieren. Es braucht einen gezielten Abbau überflüssiger Bürokratie und eine Begrenzung neuer Regulierungsprojekte. Ein Regulierungsmoratorium sowie die Prüfung geeigneter Entlastungsmassnahmen sind zentral, um die Wettbewerbsfähigkeit kurzfristig zu stärken und die Attraktivität unseres Standorts zu sichern. Eine neue

Studie der BSS Volkswirtschaftliche Beratung AG (BSS) und des ifo Instituts zeigt, dass verschiedene europäische Konkurrenzstandorte inzwischen in wesentlichen Bereichen effizientere Regulierungen als die Schweiz aufweisen. Schweden zum Beispiel ist der Schweiz deutlich voraus, wenn es um eine tiefe Bürokratielast geht. Das skandinavische Land hat in verschiedenen Bereichen effizientere Verwaltungsprozesse und ist in der Digitalisierung der Behördengänge in manchen Bereichen weiter als die Schweiz. Die schwedischen Unternehmen werden somit weniger mit administrativem Aufwand beübt und sie können häufiger auf durchgehend digitalisierte Prozesse des Staates zurückgreifen. Der Vergleich zeigt, dass in der Schweiz Bürokratiekosten von über 30 Milliarden Franken pro Jahr vermieden werden könnten, wenn die Behörden ihre Prozesse effizienter und digitaler ausgestalten.

Auf eine aktive Industriepolitik, also direkte staatliche Unterstützung einzelner Unternehmen, sollte die Schweiz hingegen weiterhin verzichten. Die hohe Rechtssicherheit und Stabilität des Standorts sind zentrale Erfolgsfaktoren, die es zu bewahren gilt.

Sicherung des Wirtschaftsstandorts Schweiz

Wir befinden uns in einer geopolitisch aussergewöhnlich schwierigen Lage. Als offenes Exportland im Herzen Europas sind offene Märkte mit Freihandelsabkommen weltweit und bestmögliche Beziehungen zu unserer wichtigsten Handelspartnerin zentral. Experimente in geopolitisch unsicheren Zeiten sind hingegen schlicht gefährlich. In stürmischen Zeiten gilt es Ruhe zu bewahren, besonnen zu agieren und sich gemeinsam für die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts einzusetzen.



Bildung und Forschung unser wahres Kapital

Dr. Simon Ittig

Haben wir im Mittelland plötzlich Öl gefunden? Oder Goldminen im Goms?

Wohl kaum. Und doch wirkt es so, als hätten wir eine neue Schatzquelle entdeckt – anders lässt sich kaum erklären, warum wir in der Schweiz die Forschungsfinanzierung kürzen wollen. Dabei ist klar: Weil wir keine Bodenschätze besitzen, sind Bildung und Forschung unser wahres Kapital. Wer hier spart, gefährdet die Grundlage unseres Wohlstands.

Die Fakten zum Sparplan des Bundes:

Das „Entlastungspaket 27“ des Bundes sieht Einsparungen von 10 % bei der Grundlagenforschung vor, sowohl beim Schweizerischen Nationalfonds (SNF), als auch bei der Innovationsförderung des Bundes (Innosuisse). Besonders hart trifft es Projekte ohne Umsetzungspartner – genau die, die am Anfang stehen und noch keinen Investor haben.

Warum ist das gefährlich? Weil diese frühen Fördergelder entscheidend sind. Sie geben jungen und neuen Ideen Zeit zum Wachsen. Ohne sie endet vieles, bevor es beginnt – nicht, weil die Idee schlecht ist, sondern weil den Gründerinnen und Gründern schlicht das Geld für den nächsten Monat fehlt. Die anvisierten Einsparungen von 10 % reissen eine Lücke in den Innovationspfad - und aus meiner Sicht wird der Weg dann unpassierbar.

Meine Geschichte zeigt, was auf dem Spiel steht:

Ich habe am Biozentrum Basel geforscht und vor über zehn Jahren begonnen, ein bakterielles Nadelsystem als Werkzeug zu nutzen. Stellen Sie sich eine winzige Kanone vor, die Wirkstoffe direkt in menschliche Zellen schießt. Aus dieser Idee entstand der Wunsch, Krebsmedikamente, die sich dieser Technologie bedienen, zu entwickeln. Die ersten Jahre waren hart. Wir überlebten dank Fördermitteln des Bundes, der Universität Basel und Stiftungen wie der Krebsforschung Schweiz, der Gebert RUF Stiftung und der Krebsliga beider Basel. Mit dieser Unterstützung und viel persönlichem Einsatz gründeten wir T3 Pharma. Im Jahr 2023 wurden wir Teil des forschenden Pharmaunternehmens Boehringer Ingelheim, einem traditionsreichen deutschen Familienunternehmen, das massgeblich in Innovationen investiert. Dadurch können wir heute gemeinsam mit noch mehr Kolleginnen und Kollegen in Allschwil konsequent an der Verwirklichung unserer Vision arbeiten.

Ohne diese frühen Förderungen wäre das nie passiert. Ersatzprogramme wie SNF-Bridge sind kein gleichwertiger Ersatz – weder vom Volumen noch vom Profil. Und die Universität Basel hat, anders als die ETH, kein eigenes finanzstarkes Förderinstrument für solche Projekte. Der Forschungsstandort Basel wäre daher umso mehr von diesen Kürzungen betroffen.

Was heisst das?

Wenn wir jetzt kürzen, ohne Öl und Gold gefunden zu haben, riskieren wir unsere Zukunft als Innovationsstandort. Dieser trägt als «Motor» massgeblich dazu bei, dass wir unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit künftig aufrechterhalten und somit auch zukunftsweisende Investitionen in anderen Bereichen tätigen können – beispielsweise im Klimaschutz oder beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Somit schaden uns Kürzungen im Bereich der Forschung und Innovation gleich doppelt!

Ich hoffe, dass das Parlament korrigierend eingreift. Treffen Sie in nächster Zeit Politikerinnen oder Politiker? Oder kommt es in Ihrem Freundeskreis zu einer angeregten Diskussion? Dann nutzen Sie diese Argumente. Helfen Sie mit, dass die Schweiz – und gerade unsere Region – ein Ort bleibt, an dem Ideen nicht sterben, sondern umgesetzt werden. Dafür braucht es politische Entscheidungsträger, welche sich unserer Stärken bewusst sind und diese fördern – und eine Bevölkerung, welche diese Entscheide mitträgt.



Dr. Simon Ittig
CEO and Co-founder at T3 Pharmaceuticals AG

Zukunft sichern durch Innovation und Vernetzung



Dr. Lutz Hegemann
President of Global Health and Swiss
Country Affairs

Dr. Lutz Hegemann

Die Schweiz gehört heute zu den innovativsten und wettbewerbsfähigsten Ländern der Welt. In relevanten Indizes wie dem Global Innovation Index, dem European Innovation Scoreboard oder dem IMD World Competitiveness Ranking nimmt die Schweiz regelmässig Spitzenplätze ein.

Die jüngsten Entwicklungen haben aber gezeigt, dass diese Erfolge keine Selbstverständlichkeit darstellen. Nicht erst seit der Coronapandemie befindet sich das Land im Sog einer erratischen globalen

Entwicklung, die urschweizerische Grundwerte wie Stabilität, Vorhersehbarkeit und internationale Rechtssicherheit aus dem Gleichgewicht zu bringen droht.

Sowohl Politik also auch Wirtschaft sind durch diese Entwicklungen gefordert. Sei es die Debatte um die politische Neutralität, die Umwälzungen im Banken- und Finanzsystem oder die Entwicklung der Industrie- und Exportwirtschaft: einstige Garanten für Stabilität, Wachstum und Wohlstand stehen unter Druck.

Dass sich die Wogen in absehbarer Zeit glätten, ist nicht wahrscheinlich. Die kritische geopolitische Lage und damit auch die wirtschaftliche Situation dürften weiterhin volatil bleiben und von allen Akteuren ein hohes Mass an Anpassungsfähigkeit und die Entwicklung neuer Geschäftsansätze verlangen.

Doch auch wenn die heutigen Herausforderungen neu, ungewohnt und zum Teil auch schmerzhaft sind, die Schweiz verfügt sowohl über die Instrumente als auch den Willen, die gegenwärtigen Krisen zu meistern. Innovationsfähigkeit und die Bereitschaft, sich international noch weiter zu vernetzen, werden dabei eine entscheidende Rolle spielen.

Dies gilt vor allem für die Pharmaindustrie, die mit ihrem Fokus auf medizinische Innovationen sowie ihrer internationalen Geschäftsausrichtung in den vergangenen drei Jahrzehnten zum wichtigsten Wachstumsmotor der Schweizer Wirtschaft geworden ist und den einst beherrschenden Chemiesektor in seiner Bedeutung abgelöst hat.

Allein in der Nordwestschweiz sind heute neben Roche und Novartis über 700 Firmen sowie akademische und private Institute im Life-Science-Bereich tätig. Sie schaffen Arbeitsplätze, ziehen ausländische Talente sowie Investitionen an und sorgen für eine gesunde wirtschaftliche Dynamik. Diesem positiven Kreislauf gilt es Sorge zu tragen.

Zu den Aufgaben der Industrie gehört dabei die kontinuierliche Bereitschaft, Innovationen mit hohem Patientennutzen zu entwi-

ckeln, die einen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mehrwert erzeugen.

Novartis allein investiert weltweit jedes Jahr über 8 Milliarden Franken in die Forschung und Entwicklung. Davon entfällt rund die Hälfte in der Schweiz, wo wir über 10'000 Mitarbeitende beschäftigen. Sie sorgen dafür, dass jedes Jahr hunderttausende Patienten weltweit Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten haben.

Um dies weiterhin gewährleisten zu können, brauchen Unternehmen wie Novartis Rahmenbedingungen, die es erlauben, die Wettbewerbsfähigkeit zu festigen. Ein stabiles Verhältnis zu wichtigen Abnehmermärkten wie den USA und Europa, die darüber hinaus auch wichtige Forschungsplätze für unsere Industrie sind, ist essenziell.

Neben dem Zugang zu Fachkräften, einer starken rechtlichen Grundlage zum Schutz geistigen Eigentums sowie der kontinuierlichen Förderung des schweizerischen Ausbildungssystems braucht es weitere Massnahmen, um die Zukunftsfähigkeit des Arbeitsplatzes zu stärken.

Dazu gehört eine strategische Positionierung der Pharma- und Life-Science-Industrie, wie sie in Ländern wie Deutschland, Dänemark oder Grossbritannien bereits heute existiert. Eine solche Strategie wäre wichtig, um den heimischen Firmen die nötige Sicherheit für eine langfristige Planung zu geben.

Dies ist für die Pharmaindustrie mit ihren langen Investitionszyklen von zentraler Bedeutung. Obschon die Schweiz weiterhin zu den innovativsten und wettbewerbsstärksten Ländern der Welt zählt, ist der Abstand zur Konkurrenz in den vergangenen Jahren geschrumpft. Dänemark ist der Schweiz ebenbürtig, während Schweden und das Vereinigte Königreich den Abstand deutlich verringert haben.

Vor diesem Hintergrund – wie auch das BAK in seiner jüngsten Studie schreibt – sollte die Schweiz ihre Bemühungen intensivieren, die allgemeinen Rahmenbedingungen und sektorspezifischen Vorschriften zu verbessern, und gleichzeitig eine Life-Sciences-Strategie formulieren, die den Sektor langfristig stärkt.

Ich bin überzeugt, dass die Schweiz nicht nur eine klare Strategie formulieren kann, sondern auch den politischen Willen hat, um den Standort langfristig als international kompetitiven Hub zu positionieren, der den Vergleich mit anderen Forschungsplätzen in den USA, Europa oder Asien nicht zu scheuen braucht.

Die Fähigkeit der Schweiz, Kompromisse zu finden, die auch von der Bevölkerung getragene Wertschätzung der medizinischen Innovation und das Bewusstsein für die hohe Bedeutung der internationalen Vernetzung stimmen mich zuversichtlich, dass Lösungen gefunden werden können, die, wie in der Vergangenheit auch, die Wettbewerbsfähigkeit langfristig und nachhaltig sichern.

Die jüngsten Durchbrüche im Bereich der medizinischen Forschung, aber auch die Aktivitäten des Bundesrats und der politischen Entscheidungsträger, die Verhandlungen mit unseren wichtigsten Partnern voranzutreiben, zeigen bereits heute, dass die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft gestellt sind und wir den eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen sollten.

Die Sicherheit: Ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft



Regierungsrätin Dr. Stephanie Eymann,
Vorsteherin Justiz und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt

Regierungsrätin Dr. Stephanie Eymann

Es gab sehr gute Gründe, sich im August 2024 in Basel über den Zuschlag für die Durchführung des Eurovision Song Contests (ESC) zu freuen: Den weltgrössten Musikwettbewerb als Host City durchführen zu dürfen, ist eine Chance, die sich wahrscheinlich nur einmal im Leben bietet. Basel konnte sich vor Millionen von Fernsehzuschauerinnen und -zuschauern auf der ganzen Welt zur besten Sendezeit zeigen. Der

Werbeeffect ist kaum zu beziffern. Zurück bleibt ein Anlass, der bei allen Beteiligten beste Erinnerungen hinterlassen hat.

Für die Polizistinnen und Polizisten unserer Kantonspolizei Basel-Stadt war der ESC ein weiterer Grossanlass, für dessen Sicherheit sie zuständig sind. Für ein Polizeikorps, das mit personellem Unterbestand kämpft, war die Ausgangslage eine grosse Herausforderung und zusätzliche Belastung. Es galt nicht nur die Woche des ESC Mitte Mai zu bewältigen, sondern auch im Vorlauf die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen. Das grosse Einsatzdispositiv musste sorgfältig geplant werden, die entsprechenden Mittel wurden rechtzeitig beantragt und sichergestellt.

Hohe Ansprüche

Der ESC steht beispielhaft für die hohen Ansprüche und Herausforderungen, die sich den Sicherheitsverantwortlichen heutzutage stellen. Solche grossen Veranstaltungen ziehen viel Aufmerksamkeit auf sich – eine Aufmerksamkeit, die auch Menschen suchen, die sich nicht für Musik oder Sport interessieren. Entsprechend müssen die Sicherheitsdispositive aufgestellt werden. Das Bewusstsein, dass Sicherheit keine Selbstverständlichkeit ist, ist auch in unserer behüteten Gesellschaft wieder präsenter. Dafür verantwortlich ist sicherlich auch die allgemeine Weltlage mit ihren zahlreichen Konfliktherden, die zu grosser Verunsicherung geführt hat.

Dass Weltpolitik bis hinunter auf die kantonale Ebene strahlt, ist kein neues Phänomen. Sympathiebekundungen für die Bevölkerung von Gaza oder die Kurden gehörten im letzten Jahr zu den häufigsten Gründen für Demonstrationen. Neu ist aber, dass die Bevölkerung unter einem generellen Unsicherheitsgefühl leidet, das nicht mehr viel mit lokalen Begebenheiten zu tun hat. Zur Sorge vor Kriminellen und Straftätern gesellt sich eine Angst vor bewaffnete Konflikte. Was vor wenigen Jahren noch unscheinbar war, ist stärker ins Bewusstsein der Bevölkerung gerückt.

Die Verunsicherung trägt auch dazu bei, dass sich Teile der Bevölkerung abwenden und in extremistischen Positionen Halt suchen. Wer unsere komplexe Ordnung in ein plakatives Schwarz-Weiss-Muster presst, darf mit dem Zulauf von Personen rechnen, die ihre Überforderung mit der eifrigen Parteinahme für vermeintlich einfache Lösungen verstecken.

Klare Haltung bewahren

Wie also sorgen wir sowohl für die Sicherheit als auch für das Sicherheitsgefühl in einer Welt, in der es viele Unsicherheiten gibt? Aus meiner Sicht ist es unerlässlich, diesem Aspekt wieder mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Wir haben vergleichsweise ruhige Jahrzehnte erlebt und uns an eine gewisse Ruhe gewöhnt. Jene, die damals vor Gefahren gewarnt haben, hat man eher belächelt. Wer will schon für einen Ernstfall vorsorgen, wenn mit oberflächlichem Blick weit und breit keine Anzeichen dafür ersichtlich sind?

Heute ist die Situation eine gänzlich andere. Die aktuelle Lagebeurteilung hat dazu geführt, dass den Sicherheitsverantwortlichen wieder mehr Gehör geschenkt wird. Für die Polizei, aber auch für andere Organisationen wie Armee oder Rettung, steht immer im Vordergrund, dann besonnen zu agieren, wenn es andere nicht tun. Dass die Gesellschaft gewissen Schwankungen unterliegt, liegt in der Natur der Sache. Umso wichtiger ist, dass die Sicherheitsverantwortlichen eine saubere Linie verfolgen, ihren Standpunkt professionell vertreten und auch dann ihre klare Haltung bewahren, wenn der Wind die Richtung ändert.

Gegenseitige Unterstützung

Wir haben im Mai bei uns einen wunderbaren ESC durchführen dürfen – einen sehr schönen, aber politisch stark aufgeladenen Anlass. Die Polizei hat den Anlass sehr gut bewältigt. Einmal mehr hat sich gezeigt, dass Sicherheit eine Verbundaufgabe ist: Die Kantonspolizei Basel-Stadt hat den Einsatz gemeinsam mit der Polizei Basel-Landschaft geleitet und dabei auf namhafte Unterstützung aus fast allen Polizeikorps der Schweiz zählen dürfen. Unter den Schweizer Polizeien gilt immer noch: Wenn ein Korps Unterstützung benötigt, helfen wir uns gegenseitig aus.

Der ESC steht stellvertretend aber auch dafür, was Sicherheit für unsere Gesellschaft bedeutet. Sie ist die Basis für ein gelungenes Fest, an dem die Bevölkerung freudig teilnehmen kann. Die legt die Grundlage dafür, dass die lokale Wirtschaft mit vielen zufriedenen Gästen rechnen darf. Sie sorgt für jene Voraussetzung, die für Vertrauen und Vergnügen notwendig ist. Kurz: Sicherheit bringt Stabilität und ist ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft.



**Kantonspolizei
Basel-Stadt**

In einer Welt im Umbruch sollte Basel seine Kapitale stärken



André Hoffmann, Vizepräsident des Verwaltungsrats der Roche Holding und Mitbegründer von InTent

André Hoffmann

Wie soll Basel auf eine Welt im Umbruch reagieren?

Wenn wir auf das Jahr 2026 zugehen, drängt sich der Eindruck auf, dass wir eine Rückkehr zu einer Welt des 19. Jahrhunderts erleben, und zwar nicht im besten Sinne: Großmächte bestimmen erneut eigenständig, wie sie die geopolitische und gewirtschaftliche Landschaft formen wollen, und in weiten Teilen der Welt außerhalb

der Schweiz treten «große Männer» als Führungspersonlichkeiten an die Stelle eines eher konsensorientierten Regierungsstils.

Es ist durchaus berechtigt zu befürchten, dass diese Entwicklungen das Erfolgsmodell Basels gefährden könnten. Seit mindestens dem späten 19. Jahrhundert ist Basel immer dann gewachsen, wenn sich die Welt dem Handel öffnete, und hat gelitten, wenn grosse Staaten sich abschotteten oder in Konflikte verwickelt waren. Phasen der Liberalisierung und Demokratisierung im Ausland brachten Basel Wohlstand; das Gegenteil hatte jeweils ebenso spürbare Auswirkungen.

Doch der Wohlstand unserer Region hängt nicht nur davon ab, was anderswo in der Welt geschieht. Tatsächlich hat sich Basel immer wieder als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen, gerade in Zeiten politischer Unruhen andernorts. So führte etwa politische und religiöse Verfolgung in Europa dazu, dass Basel qualifizierte Talente aus dem Ausland anzog, die ihr Fachwissen und ihre Netzwerke einbrachten. Ein Gewinn, der sich langfristig als grosser Segen für unsere Region erwies.

Ich bin im Allgemeinen der Meinung, dass der Wohlstand einer Region auf den unterschiedlichen „Kapitalen“ beruht, die dort über die Jahre hinweg aufgebaut werden. In Zeiten günstiger globaler Rahmenbedingungen wirken sie als Wachstumsbeschleuniger, in Abschwungphasen hingegen als Puffer, wenn sich das externe Umfeld verschlechtert. Zu diesen Kapitalen zählen Human-, Sozial-, Natur- und Finanzkapital, und Basel verfügt in allen Bereichen über bemerkenswerte Ressourcen.

Unsere Schulen, Hochschulen und Forschungszentren speisen kontinuierlich unser Humankapital. Die politische Stabilität Basels (und der Schweiz) ist Ausdruck der starken sozialen Kapitalgrundlagen, die wir haben. Und der Rhein ist unsere Verbindung zu anderen Teilen der Schweiz, Deutschlands und Frankreichs und in diesem Sinne ein Teil unseres Naturkapitalbestands. Wir nehmen diese Kapitale oft als selbstverständlich hin, da viele von ihnen unserer eigenen Lebenszeit hier weit vorausgehen.

Sie sind seit Jahrhunderten Teil des Gefüges dieser Region. Aber als stolzer und gleichzeitig bescheidener Treuhänder eines der grössten Arbeitgeber Basels habe ich zu schätzen gelernt, wie wichtig es ist, zu diesen Kapitalen einen positiven Beitrag zu leisten, anstatt eines davon auszubeuten. Es gab Momente in unserer Geschichte des 20. Jahrhunderts, in denen wir den Rhein und seine ökologischen Leistungen als gegeben betrachteten. Auch Roche zählte zu den Unternehmen, die das Rheintal belasteten – etwa durch die Nutzung der «Kesslergrube» in Grenzach als Abfalldeponie.

Es handelte sich um einen klassischen Fall einer Externalität: Kurzfristig profitierten wir, doch langfristig litt die gesamte Region. In den vergangenen Jahrzehnten erkannte Roche die negativen Folgen dieser historischen Praktiken für die Umwelt und traf die Entscheidung, den entstandenen Schaden zu beseitigen. Dies erforderte eine erhebliche finanzielle Investition in Höhe von mehreren hundert Millionen Franken. Das Ergebnis jedoch war, dass sich die langfristige Gesundheit der natürlichen Umwelt im und um den Rhein deutlich verbessert hat. Was einst eine belastete Abfalldeponie war, verwandelt sich nun wieder in ein natürliches Ökosystem.

Die Entscheidung von Roche, seinen neuen Hauptsitz innerhalb der Stadt Basel zu errichten, ist ein weiteres Beispiel für Investitionen in die hiesigen Kapitale. Menschen physisch zusammenzubringen, fördert nachweislich sowohl das Human- als auch das Sozialkapital. Die neuen Roche-Türme wirken in diesem Sinne wie ein Bienenstock, der von Aktivität und Wissensaustausch summt. Gleichzeitig gehören die Türme zu den nachhaltigsten Gebäuden der Schweiz, sowohl in Bezug auf CO₂-Emissionen als auch hinsichtlich ihres breiteren ökologischen und geografischen Fußabdrucks.

Natürlich können solche Entscheidungen allein den langfristigen Wohlstand einer Region nicht sichern, die naturgemäß stark von der Welt um sie herum abhängig ist. Roche erlitt, wie Basel insgesamt, erhebliche Einbußen durch die geopolitischen und wirtschaftlichen Abschwünge des 20. Jahrhunderts. So verlor das Unternehmen während des Zusammenbruchs des Russischen Reichs im Ersten Weltkrieg seinen damals größten globalen Markt. Und als Deutschland in den 1940er Jahren einen verheerenden Krieg führte, wurde Roche nahezu vollständig von seinen Produktionsstätten und Exportmärkten abgeschnitten.

Aber es besteht kein Zweifel, dass die beste Strategie in Zeiten des Umbruchs – und eigentlich zu jeder Zeit – darin besteht, die eigenen Kapitale zu schützen und aufzubauen. Für Basel waren und sind diese Kapitale seine Investitionen in Menschen, Bildung, Kultur, Vernetzung und seine natürliche Umwelt. Unabhängig davon, was in der Welt um uns herum geschieht, bilden diese Investitionen eine solide Grundlage für einen nachhaltigeren und inklusiveren Wohlstand der gesamten Region. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, diese Werte zu bewahren und auszubauen. Dabei sollten wir stets das Wohl der Gemeinschaft, also Basels, im Blick haben und nicht nur das unseres Unternehmens.

Grossanlässe und Foren: wichtig für Wirtschaft und Gesellschaft!

Das von metrobasel veranstaltete Basel Economic Forum (BEF) beschäftigte sich mit der Bedeutung von Grossanlässen. Im Fokus stand die wirtschaftliche Wertschöpfung und der gesellschaftliche Zusammenhalt in der Region Basel.

metrobasel In der ersten Hälfte 2025 war die Stadt Basel und die Region im Ausnahmezustand. Innerhalb weniger Monate fanden viele sehr grosse und auch international beachtete Veranstaltungen statt. Diese brachten zwar vielen Unternehmen mehr Wertschöpfung, schufen zusätzliche Arbeitsplätze und förderten den Zusammenhalt in der Gesellschaft, die soziale Kohäsion. Das ist in Zeiten der Polarisierung und der weltweiten grossen Spannungen sowohl für die Wirtschaft als auch für die Gesellschaft immens wichtig. Gleichzeitig führen diese Anlässe aber auch zu einem zusätzlichen Dichtestress. Zudem werden öffentliche Gelder für die Durchführung der Grossanlässe und für dafür notwendige Infrastrukturen eingesetzt. Da stellt sich die Frage, ob Grossanlässe in unserer Region sinnvoll sind, oder ob die dafür

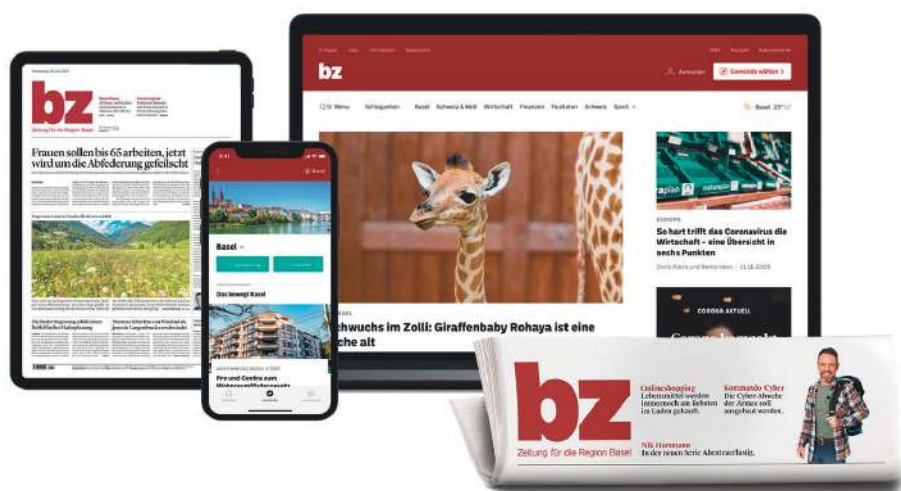
benötigten Ressourcen nicht anderweitig besser eingesetzt werden könnten.

Das BEF vom 3. April 2025, welches im Novartis Campus stattfand, beleuchtete zu Beginn in drei Breakout Sessions das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven: In der ersten Breakout Session gingen Letizia Elia, Direktorin von Basel Tourismus, und Roman Imgrüth, CEO Exhibitions & Events MCH auf die notwendigen Infrastrukturen ein, welche für eine erfolgreiche Durchführung von Grossanlässen unerlässlich sind. Jo Vergeat, Grossrätin Basel-Stadt, äusserte sich in der zweiten Breakout Session zur Nachhaltigkeit und der sozialen Kohäsion von Grossanlässen. In der dritten Gruppe unter der Leitung von Sonja Kuhn, Präsidentin der SRG Region Basel, und Prof. Dr. Regula Rapp, Rektorin der Barenboim-Said Akademie in Berlin, wurde die Bedeutung der Kul-

tur in Krisenzeiten aufgezeigt und diskutiert.

Im Anschluss fand eine Podiumsdiskussion statt. Nicola Yuste, Head Swiss Public Affairs Novartis, und Regula Ruetz, Direktorin metrobasel, begrüsst die rund 100 Teilnehmenden zu Beginn im Auditorium von Novartis. Yuste betonte, dass das Engagement der Novartis als offizieller Partner des ESC intern angeregte Diskussionen ausgelöst habe, wie sinnvoll ein solches Sponsoring für das Unternehmen sei. Ruetz ging kurz auf das Thema ein und bedankte sich bei Novartis und allen Sponsoren für die Unterstützung des BEF 2025.

Nach einem Einführungsreferat von Letizia Elia diskutierten Dr. Stephanie Eymann, Regierungsrätin Basel-Stadt, Roman Imgrüth, Dr. iur. Bernhard Heusler, Ehren-



Wirtschaft bewegt Basel: Aktuelle News, spannende Einblicke und regionale Erfolge – jetzt in der bz – Zeitung für die Region Basel.



präsident FC Basel / Partner der HWH AG, Prof. Dr. Regula Rapp, Nelly Riggenbach, Director Brand Experience von Novartis, und Jo Vergeat das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven. Dabei gingen sie der Frage auf den Grund, welche Bedeutung Grossanlässe und Foren für die Wirtschaft und Gesellschaft haben.

Basel – jahrhundertelange Tradition mit Grossanlässen

Für Letizia Elia habe Basel dank der Fasnacht eine jahrhundertlange Tradition mit Grossanlässen und somit viel Erfahrung damit und eine grosse Anziehungskraft. Basel sei eine Stadt, die das Zusammenkommen fördere. 40% der Übernachtungen resultieren aus Veranstaltungen. Die Covid-Pandemie habe zu einer grösseren Vielfalt von Veranstaltungsformen geführt. Digitale Formate sind aufgekommen und bilden heute eine Konkurrenz zu den physischen Veranstaltungen. Die olympischen Sommerspiele in Paris im vergangenen Jahr hätten aber gezeigt, dass grosse Events immer noch eine starke Anziehungskraft ausüben. Sie können Begeisterung auslösen. Nicht zu übersehen sind aber die kritischen Faktoren wie zum Beispiel Sicherheitsfragen, die schädlichen Emissionen oder der Dichtestress.

ESC – eine «Once in a lifetime-Opportunität»

In der Podiumsdiskussion standen Fragen im Zentrum wie: Wollen wir eine offene Stadt sein? Sind Grossveranstaltungen Konjunkturprogramme? Wie wirken Grossanlässe auf die Gesellschaft? Könnte man mit den investierten öffentlichen Geldern auch etwas anderes machen? Auch die Frage der Sicherheit nahm viel Raum ein.

Alle Podiumsteilnehmenden waren sich einig, dass Basel die Chance als Host-City für den ESC packen müsse. Es handle sich um eine «Once in a lifetime-Opportunität», wie es Roman Imgrüth ausdrückte. Alle begrüsst es auch, dass der Kanton Basel-Stadt dank der klar gewonnenen Volksabstimmung nun legitimiert ist, 37

Millionen Franken in die Durchführung des ESC zu investieren.

Roman Imgrüth betonte, dass die MCH Group mit ihren grossen und kleineren Anlässen auch einen Mehrwert für das lokale Gewerbe schaffen will. Das soll aber nicht zu Übertreibungen führen, beispielsweise bei den Hotelpreisen. Imgrüth machte den Basler Hoteliers aber gleichzeitig ein grosses Kompliment: Diese würden sich mehrheitlich an die getroffenen Vereinbarungen halten.

Viele kleinere kulturelle Anlässe prägen das Image von Basel

Für Jo Vergeat dürfen wirtschaftliche Aspekte jedoch nicht der einzige Treiber für Grossveranstaltungen in Basel sein. Solche Events müssten zu den Werten von Basel passen. Das breite Angebot von jährlich wiederkehrenden, kleineren kulturellen Veranstaltungen, prägen das Image von Basel. Regula Rapp erwähnte in diesem Zusammenhang die traditionellen Museen und Orchester, die Basel ein starkes Profil verleihen. Für sie sind kulturelle Anlässe für die Gesellschaft wichtig. Sie würden den Rahmen bieten, gemeinsam etwas zu erleben und individuell davon zu profitieren. Wenn kulturelle Anlässe einzig der Zerstreuung, d.h. der Ablenkung dienen, sei das «einfach doof», wenn sie aber zur Vernetzung und zur gemeinsamen Begeisterung beitragen und so Menschen verbinden, seien sie sinnvolle Investitionen.

Bespassung versus Nachhaltigkeit

Bernhard Heusler gab zu bedenken, dass Grossanlässe in keiner Weise nachhaltig seien, wenn sie nur zur Bespattung dienen. In der aktuell schwierigen Zeit sei dies zwar positiv zu beurteilen, der ESC sei dennoch in keiner Weise nachhaltig. Das führe zu einem grossen Spagat zwischen Begeisterung einerseits und Ablehnung andererseits. Das sei bei der Women's EURO anders. Hier gehe es nicht um die Party, sondern um die Frage, wie viele Leute nach der EURO zum ersten Meisterschaftsspiel der Frauen des FC Basel kommen werden und damit der Stellen-

wert des Frauenfussballs in der Schweiz – auch bei den Jungen gesteigert werden kann.

Novartis nutzt das ESC-Sponsoring für das Employer Branding

Für Nelly Riggenbach passt das Sponsoring des ESC gut zur Mission von Novartis. Sie sieht dabei drei Ebenen des Engagements: das Bekenntnis zum Standort Basel, Employer Branding und die Übereinstimmung mit der Gesundheitsausrichtung von Novartis. Der ESC soll zum Mitarbeitenden-Anlass werden. Bereits heute sei das Ereignis auf dem Campus ein wichtiges Thema. Viele Expats können mit dem ESC etwas anfangen, weil der Anlass mit Emotionen verbunden ist.

Sicherheit – anspruchsvoll und herausfordernd

Stephanie Eymann nahm das Thema «Mitarbeitenden-Anlass» von Nelly Riggenbach auf und meinte scherzhaft, der ESC sei auch für ihr Sicherheitsdepartement ein Mitarbeitenden-Anlass, aber mit anderen Vorzeichen. Diese seien während der Vorbereitung und Durchführung des Anlasses sehr stark gefordert. Das Thema «Sicherheit» sei wegen der geopolitischen Lage omnipräsent. Die Polizei stehe zwar im Vordergrund, aber auch die Sanität und die Feuerwehr übernahmen wichtige Aufgaben.



Das Podium war sich einig, dass «Bangs» wie der ESC von Zeit zu Zeit für die Markenstärkung des Standorts Basel willkommen seien, das Grundrauschen mit den vielen kleineren kulturellen Veranstaltungen für das Standortimage jedoch die grössere Bedeutung habe.

Tourismusentwicklung Basel 2025 – Ein Jahr, das die Stadt bewegt hat



Letizia Elia, CEO Basel Tourismus

Letizia Elia

Basel zählt zu den führenden Kunst-, Kultur- und Architekturmetropolen Europas und gleichzeitig zu den stärksten Messe- und Kongressstandorten weltweit. Diese Doppelrolle prägt das Selbstverständnis der Stadt. 2025 war ein Jahr, in dem Basel gezeigt hat, wie kraftvoll dieses Profil wirkt, wenn es mit Grossereignissen zusammentrifft, die zusätzliche Strahlkraft erzeugen. Der Eurovision Song Contest hat Basel eine Woche lang in ein internationales Festival verwandelt –

getragen von einer Bevölkerung, die mit Offenheit, Gelassenheit und ansteckender Herzlichkeit Gastgeberin war.

Basel hat geliefert – sichtbar, spürbar, gemeinsam

Während acht Tagen kamen 540'000 Gäste zum ESC nach Basel. Die Stimmung war ausgelassen, aber nie angespannt. Ein direktes Resultat intensiver Vorbereitung und enormer Gastfreundschaft. Die Zahlen sprechen für sich:

- 95 % der externen Gäste empfehlen Basel weiter
- 85 % möchten wiederkommen
- 76 % sehen Basels internationales Image gestärkt

ESC und UEFA Women's Euro – zwei Ereignisse, ein neues Selbstverständnis

Der ESC rückte Basel ins globale Rampenlicht, die UEFA Women's Euro brachte kurz darauf eine andere Art von Energie: sportlich, integrativ, generationenübergreifend. Beide Anlässe zeigten: Basel kann internationale Grossanlässe. Diese Stärke beruht auf jahrzehntelanger Erfahrung als führende Messe- und Kongressstadt. Von bedeutenden Life-Sciences-Kongressen bis zu internationalen Kunstmessen: Die Stadt verfügt über Strukturen, Netzwerke und Know-how, die es ermöglichen, Grossevents effizient, sicher und mit hoher Qualität durchzuführen. Entscheidend ist dabei das Basler Zusammenspiel: Organisationen, Wirtschaft, Regierung und Verwaltung arbeiten seit Jahren vertrauensvoll und pragmatisch zusammen. Das ist ein Erfolgsfaktor, der sich 2025 einmal mehr bestätigte.

Ein Fest für die Bevölkerung – fair, zugänglich und sicher

Für die Akzeptanz grosser Veranstaltungen ist entscheidend, dass sie nachvollziehbar sowie glaubwürdig sind und auch der Bevölkerung einen Mehrwert bieten.

Beim ESC und der Women's Euro war dies gegeben:

- Host-City-Angebote waren niederschwellig, unkompliziert und für alle frei zugänglich
- Sicherheit war hervorragend organisiert: 96 % der Besuchenden fühlten sich sicher oder sehr sicher
- Fairness hatte Priorität: 82 % der Hotels und 162 Restaurants verpflichteten sich zur Fairly Priced Charta

So bestand ein Umfeld, in dem sich sowohl Gäste als auch Bevölkerung willkommen fühlten. Diese gegenseitige Wertschätzung machte das besondere Klima beider Anlässe aus.

Basel als Kunst-, Kultur- und Architekturmetropole – ein Fundament, auf dem vieles aufbaut

Dass Grossanlässe in Basel funktionieren, liegt auch an dem kulturellen Selbstverständnis dieser Stadt. Basel ist Kunst- und Kulturmetropole von internationalem Rang – nicht nur wegen der Art Basel, sondern auch wegen der Museumsdichte, der freien Kulturszene, der Architektur von Weltniveau und dem urbanen Charakter der Stadt. Die Art Basel ist dabei der jährliche Leuchtturm. Sie zeigt, wie Basel wirkt, wenn Kunst, Stadt, Wirtschaft und Öffentlichkeit zusammenfinden. Der ESC hat klar von dieser Erfahrung profitiert und gleichzeitig neue Impulse gesetzt, wie wir auch künftige Grossanlässe noch bewusster gestalten können.

Nachhaltigkeit – ein klarer Anspruch an uns selbst

Der ESC hat einen umfassenden Nachhaltigkeitsrahmen etabliert, der uns künftig Orientierung gibt:

- 78 % der Gäste reisten mit ÖV oder Langsamverkehr an; innerhalb der Stadt lag der Anteil bei 91 %
- 59 % der konsumierten Gerichte waren vegetarisch oder vegan
- 61 % der Vorleistungen kamen aus der Region Basel – ein starkes Zeichen für lokale Wertschöpfung

Diese Massnahmen waren auch ein Schritt in Richtung der angestrebten CO₂-Neutralität der Stadt bis 2037. Basel hat gezeigt, dass grosse internationale Ereignisse verantwortungsvoll umgesetzt werden können und dass Nachhaltigkeit kein Vorhaben, sondern ein Standard sein muss.

Overtourism? Basel bleibt aufmerksam – und hält die Balance

Uns ist bewusst, dass Dichtestress in Basel punktuell spürbar ist – vor allem bei Anlässen wie dem ESC, der Art Basel oder dem beliebten Weihnachtsmarkt.

Die ESC-Zahlen bestätigen diese stellenweise Herausforderung:

- 311'000 Tagesfrequenzen in einer Woche
- Wert von 439 g Abfall pro Besuchsfrequenz liegt über der Zielsetzung, aber im Rahmen dessen, was bei Grossanlässen dieser Grösse üblich ist

Trotz der enormen Besucherzahlen funktionierten Verkehr, Sicherheit und Abläufe reibungslos. Dass dies gelang, war das Resultat erheblicher organisatorischer Anstrengungen – von zusätzlichen ÖV-Leistungen über fein abgestimmte Sicherheitskonzepte bis hin zu minutiöser Einsatzplanung. Diese Professionalität war entscheidend dafür, dass die Atmosphäre in der ganzen Stadt entspannt und positiv blieb – bei Gästen wie bei der Bevölkerung.

Was bleibt: Auftrieb, Stolz und ein klares Profil

2025 hat Basel ein neues Selbstverständnis gegeben. Wir haben erfolgreich bewiesen, dass wir internationale Anlässe glaubwürdig, herzlich und nachhaltig durchführen können. Und wir haben bestätigt, dass der Standort Basel mit seiner Mischung aus Wirt-

schaftskraft, Messekompetenz, Kulturvielfalt und architektonischer Qualität eine Rolle spielt, die über die Region und Landesgrenzen hinausstrahlt. Wenn wir diesen Weg weitergehen, bleibt Basel eine Stadt, die beeindruckt und berührt. Eine Stadt, die man besucht. Und eine Stadt, in die man zurückkehrt.



Roman Imgrüth, CEO Exhibitions & Events MCH

Roman Imgrüth

Ein starkes Messejahr – und ein neuer Akzent im Bereich Health-Tech

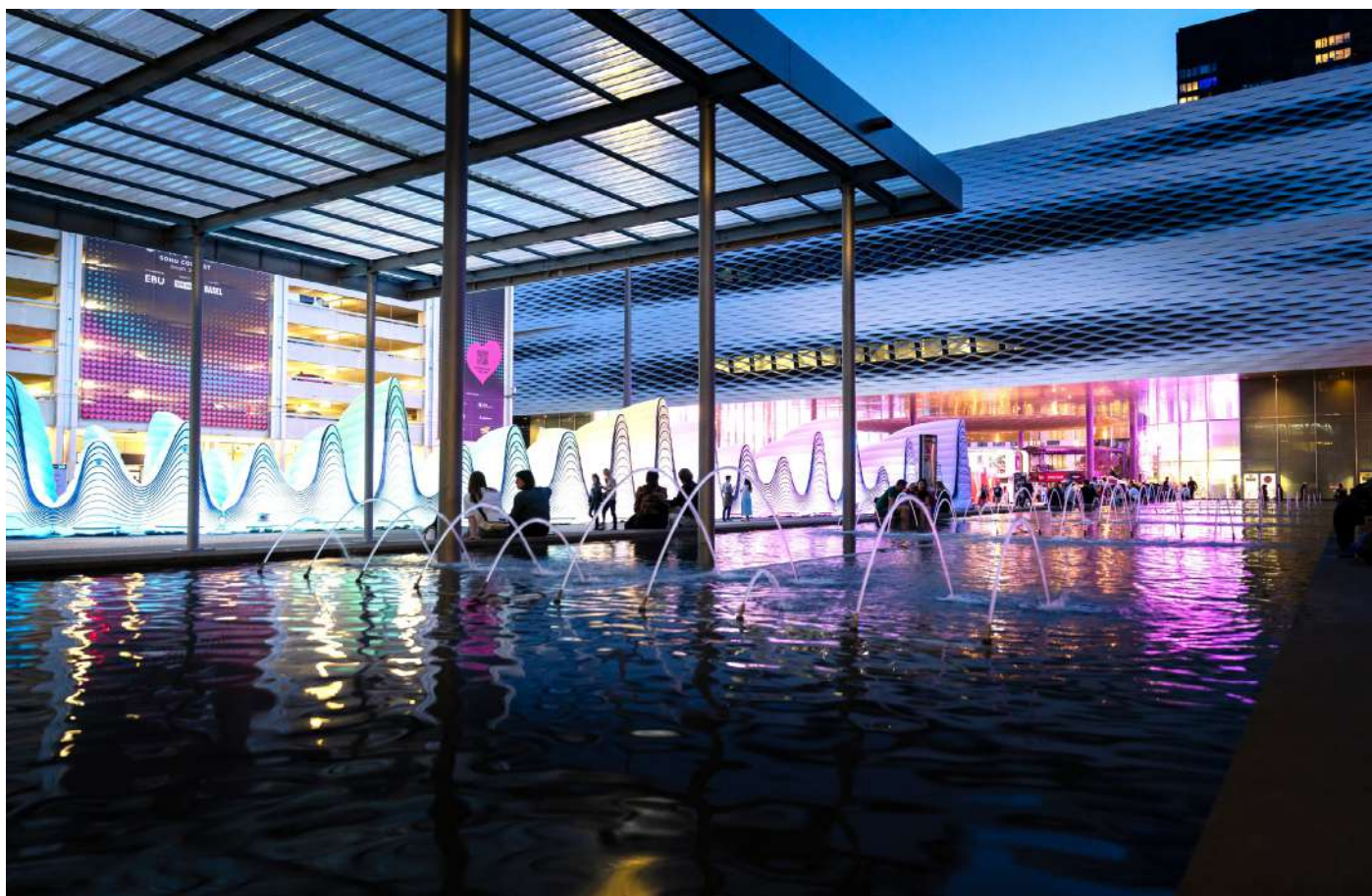
Das Jahr 2025 war für die MCH Group ein besonderes und intensives Jahr: Der Eurovision Song Contest, erfolgreiche Eigenmessen wie die Ilmac, Holz und Igeho, internationale Kongresse sowie die Art Basel haben einmal mehr gezeigt, wie breit das Portfolio der MCH Group ist und wie wichtig ihre Rolle als Messe-, Kongress- und Eventorganisation für die Region ist.

Ein besonderes und intensives Jahr neigt sich dem Ende zu. Der Eurovision Song Contest brachte täglich Tausende Besucherinnen und Besucher in die Hallen und zeigte, welche Wirkung internationale Grossanlässe für Basel entfalten können. Ergänzt wurde das

Jahr durch vier Eigenmessen der MCH Group, die als zentrale Plattformen für ihre Branchen dienten. Sie machten deutlich, wie wichtig physische Treffpunkte für Austausch, Innovation und die Weiterentwicklung der Industrie sind – und welche Rolle die Messeinfrastruktur der MCH Group dabei spielt.

Gleichzeitig zeigt der Blick nach vorn, dass sich die Veranstaltungslandschaft weiterentwickelt und vermehrt thematisch spezialisierte Formate an Bedeutung gewinnen. Ein Beispiel dafür ist der Health. Tech Global Summit, der im März 2026 erstmals in Basel durchgeführt wird. Das Format knüpft an die bestehende Bedeutung der Region im Bereich Life Sciences an und überträgt diesen Schwerpunkt auf den Veranstaltungssektor. Die Konferenz bringt Vertreterinnen und Vertreter aus Forschung, Industrie, Kliniken, Start-ups und Investoren zusammen, um Fragen der Gesundheitsinnovation zu diskutieren. Andreas Nef, Managing Director des Health. Tech Global Summits, formuliert den Anspruch so: «Unser Ziel ist es, Innovationen zu beschleunigen, neue Partnerschaften zu ermöglichen und gemeinsam wegweisende Lösungen für das globale Gesundheitssystem voranzutreiben.» Die MCH Group stellt hierfür die entsprechende Infrastruktur und betriebliche Kompetenz bereit und festigt damit weiter ihre Rolle im Zusammenspiel zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Stadt.

Mit der Einführung eines solchen Formats positioniert sich Basel weiter in einem Segment, das global wächst und zunehmend im Fokus internationaler Anbieter steht. Der Veranstaltungsort profitiert dabei vom bestehenden wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeld der Region.



Eurovision Village

Resilienz und Schutz in einer Welt des Aufruhrs

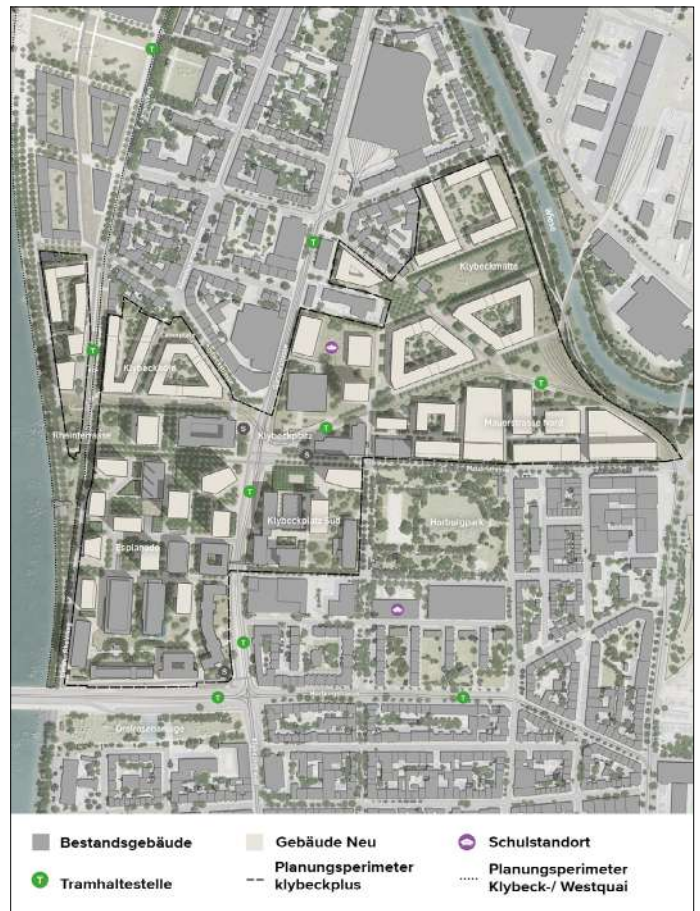
Adrian Kohler

Seit über 10 Jahren arbeiten Private und die öffentliche Hand daran, das Industrieareal im Basler Klybeck in ein neues Wohn- und Arbeitsquartier zu verwandeln. Kürzlich haben die Planungspartner, darunter Rhystadt, den Plan vorgestellt, wie der durchmischte und grüne Stadtteil in rund zwei Jahrzehnten konkret aussehen soll. In drei bis vier Jahren soll die Umzonung erfolgen, damit der Bau neuer Wohnungen starten kann.

Was hat das grösste Arealentwicklungs- und Transformationsprojekt in Basel mit der instabilen Weltlage zu tun? Auf den zweiten Blick sehr viel! Die tiefgreifenden Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die durch Klimawandel und demografischen Druck verstärkt werden, sind mehr als nur ein Hintergrundrauschen. Sie beeinflussen, wie wir Wohngebäude und Parks planen, Schulstandorte festlegen oder Tramlinien gestalten. Und sie wirken sich sowohl auf die beteiligten Akteure als auch auf den gesamten Prozess aus.

Verunsicherung führt zu Risikoaversion

Unsicherheit löst meist zwei typische Reaktionen aus: Entweder hält man konservativ am Bewährten fest, sucht Sicherheit in der Vergangenheit und versucht, Risiken zu minimieren. Oder man nimmt Veränderungen bewusst an und betrachtet sie als Chance.



Die Transformation eines so grossen Industrieareals wie im Klybeck ist ein Generationenprojekt und ein Unterfangen, das grosse Chancen bietet, aber naturgemäss auch Risiken birgt. Es ist spürbar, dass in Verwaltung und Politik die Risikobereitschaft immer kleiner wird. Das zeigt sich im Wunsch nach detaillierteren Vorgaben und Reglementen. Häufig wird dies mit dem «Volkswillen» oder dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung begründet. So entsteht eine Dynamik, die Innovation ausbremst. Private Investoren, die täglich mit Ungewissheit umgehen müssen, geraten dadurch zunehmend unter Druck. Dabei wäre gerade in einem langfristigen Projekt die gemeinsame Fähigkeit von privaten Akteuren und der öffentlichen Hand, flexibel zu reagieren, zentral. Stattdessen bewegt sich vieles in die entgegengesetzte Richtung.

Zukunft braucht Schutz und Resilienz

Globale Unordnung und gesellschaftliche Verwerfungen verstärken auch das Bedürfnis nach Schutz bei den Menschen, die in Zukunft in Basel und in diesem Quartier leben. Der entsprechende Trend heisst «Cocooning», ist aber mehr als nur schöner Wohnen und Hygge. Die Stadt der Zukunft, in die wir investieren, muss Sicherheit, Schatten und Gemeinschaft bieten. Gleichzeitig gilt: Wer zu starr plant, nimmt sich selbst den Handlungsspielraum. Ein Generationenprojekt wie die Transformation des Klybeck-Areals braucht Flexibilität, um auf Herausforderungen reagieren zu können. Das schaffen wir nicht mit Reglementen, sondern mit der Offenheit, neue Wege zu gehen. Paradox, aber wahr: Sicherheit schaffen heisst heute, Unsicherheit als Chance zu akzeptieren.

Mehr als nur Fassade*

* Sanierung, Umbau, Wartung, Unterhalt, Instandstellungen, Reparaturen, Neubau, Höhenarbeiten, Sondierung, Expertise.

ph+ ist Ihr Partner für durchdachte und nachhaltige Fassadenkonzepte.



phplus.ch

Vertrauenswürdige KI: Wie Basel zum Schlüsselstandort werden kann.



Lukas Ott, Leiter Kantons- und Stadtentwicklung Basel-Stadt

Lukas Ott

Die Dynamik der Künstlichen Intelligenz verändert derzeit nahezu alle Branchen – von Gesundheit und Industrie bis hin zur Verwaltung. Regionen, die ihre Stärken bündeln und zu vernetzten Innovationsräumen weiterentwickeln, werden von dieser Transformation besonders profitieren. Die Schweiz verfügt insgesamt über günstige Voraussetzungen: hohe Bildungsqualität, international anerkannte Forschung, stabile Institutionen und ein regulativer Rahmen, der Vertrauen schafft, ohne Innovation zu blockieren. Basel kann diese

Kombination nutzen, um zu einem der führenden KI-Standorte des Landes zu werden und darüber hinaus im Dreiländereck Akzente zu setzen.

Basels Ausgangslage: Dichte, Qualität, internationale Vernetzung

Die Schweiz und unsere Region verfügen über eine aussergewöhnliche Konzentration von Wissen und Forschung. Die Universität Basel und die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), ergänzt durch die Partnerschaften mit der ETH Zürich und der EPFL im ELLIS-Netzwerk, bilden eine leistungsfähige akademische Grundlage. Das Swiss Data Science Center und neu auch das Data Competence Center des Statistischen Amt Basel-Stadt verbinden datenwissenschaftliche Expertise mit der Praxis. Hinzu kommen leistungsfähige Infrastrukturen wie der CSCS-Supercomputer „Alps“ und der neue Quantencomputer auf uptownBasel, die der Region Zugang zu Zukunftstechnologien ermöglichen.

Dieses Potenzial kann jedoch erst entfaltet werden, wenn diese Stärken systematisch miteinander verbunden werden. Basel hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass grenzüberschreitende Kooperationen funktionieren können – im Verkehr, in der Forschung und in der Wirtschaft. Ein ähnliches Prinzip wird für die KI-Entwicklung zentral sein: nicht isolierte Initiativen, sondern ein Ökosystem, das Daten, Talente und Anwendungen zusammenführt.

Datenqualität und Governance als Standortfaktor

Für die Schweiz ist Datenqualität ein natürlicher Wettbewerbsvorteil. Sie ist die Grundlage für robuste, vertrauenswürdige Modelle und somit für wirtschaftlichen Nutzen. Projekte wie der „TriRegio DataSpace“ der Städte Basel, Freiburg und Mulhouse zeigen, wie gemeinsame Dateninfrastrukturen mit klaren Standards, nachvollziehbarer Governance und einem Fokus auf den

Mehrwert für Wirtschaft und Verwaltung aufgebaut werden sollen. Sie schaffen die Grundlage dafür, dass KI-Anwendungen in den Bereichen Gesundheit, Industrie und Mobilität nicht nur technisch möglich, sondern auch gesellschaftlich akzeptiert sind.

Basel kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen, indem es die datenbasierte Zusammenarbeit über Sektoren und Landesgrenzen hinweg weiterentwickelt. Entscheidend sind nicht grosse Versprechen, sondern funktionierende Strukturen.

Talente als zentrale Ressource

Der Aufbau eines wettbewerbsfähigen KI-Standorts hängt wesentlich von den Menschen ab, die Technologien entwickeln, anwenden und kritisch reflektieren. Basel hat mit seiner Hochschullandschaft, den Life-Sciences-Unternehmen und seiner internationalen Bevölkerung gute Voraussetzungen, um Talente anzuziehen und auszubilden. Die Region kann so einen Arbeitsmarkt schaffen, der sowohl international anschlussfähig ist als auch die lokalen Unternehmen stärkt.

Ein Center of Excellence als strategische Orientierung

Vor diesem Hintergrund gewinnt aktuell die Idee eines breit verankerten Centers of Excellence für KI im Sinne einer Public Private Partnership (PPP) an Bedeutung. Dabei geht es vorerst noch nicht um ein einzelnes Gebäude oder eine spezifische Organisation, sondern um eine übergeordnete strategische Leitlinie: ein vernetzter Rahmen, in dem Forschung, Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Ein solches Center könnte offene Lern- und Experimentierumgebungen bereitstellen, den Austausch zwischen Disziplinen erleichtern, Anwendungen pilotieren und Wissen für die Öffentlichkeit zugänglich machen.

Wesentlich ist der Gedanke, Fragmentierung zu überwinden und gemeinsame Leitplanken für eine verantwortungsvolle, wirkungsorientierte KI-Entwicklung zu setzen. Die konkrete Ausgestaltung eines solchen Zentrums kann zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Entscheidend ist, dass Basel heute die Richtung vorgibt.

Perspektive 2030: Verantwortliche Innovation als Profil

Basel hat die Chance, bis 2030 zu einem führenden KI-Standort in der Schweiz zu werden – nicht durch Grösse, sondern durch Qualität. Die Region kann zeigen, dass verantwortliche Innovation ein Standortvorteil ist: klare Regeln, vertrauenswürdige Daten, hervorragende Talente, leistungsfähige Infrastrukturen und Anwendungen, die konkrete Probleme lösen. Damit entsteht ein Profil, das zur Schweiz passt: verlässlich, präzise und international vernetzt.

KI muss nicht disruptiv sein, um wirksam zu sein. Basel kann beweisen, dass Fortschritt und Verantwortung Hand in Hand gehen können – und genau darin seine Stärke finden.



Matura geschafft!
Und jetzt?

Ausbildung oder Studium?



An der DHBW Lörrach verbindest du **Theorie** an einer Hochschule mit **Praxis** im Unternehmen – und verdienst von Anfang an dein eigenes Geld. Jetzt über das **duale Studium** informieren:

dhw-loerrach.de/studieren

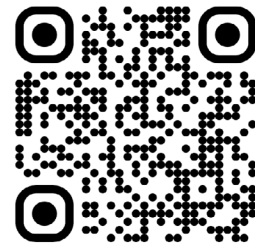


[dhw-loerrach.de/follow-us](https://www.dhw-loerrach.de/follow-us)

Ihr Unternehmen möchte Fach- und Führungskräfte gemeinsam mit der DHBW ausbilden? Jetzt **Dualer Partner** werden:

dhw-loerrach.de/dualepartner

Werden auch Sie Mitglied und setzen Sie sich damit für die prosperierende Entwicklung unserer Region ein: www.metrobasel.org



Sinfonieorchester
Basel **150** Jahre

Jetzt
Saison-Abo
und Tickets
sichern!

Jubiläumssaison 25/26

mit neuem Chefdirigenten Markus Poschner



sinfonieorchesterbasel.ch

metrobasel

Wir eruieren Trends, Treiber und Herausforderungen, welche auf die erfolgreiche Entwicklung der Region Einfluss haben, und erarbeiten zielführende Handlungsempfehlungen für unseren trinationalen Wirtschaftsstandort.

Themenfelder: Life Sciences Standort // Innovation, Forschung, Bildung // Arbeitsmarkt // Raumentwicklung und Infrastrukturen // Wohnen und Mobilität // Kulturangebote, Kreativwirtschaft // Energie, Umwelt, Nachhaltigkeit // Regulierung, Rahmenbedingungen // Rechtssicherheit, Stabilität // Zusammenarbeit in unserem funktionalen, trinationalen Raum

Aktivitäten: Eruieren von Trends und Treibern // Agenda Setting // Workshops, Expertengremien // Umfragen, Metastudien // Diskussionsforen // Anlässe mit Referaten und Podien // Gedankenaustausch, Networking // Information zur Meinungsbildung über Newsletters, social media und den metrobasel report

Metrobasel führt im kommenden Jahr wieder verschiedene Projekte durch und ist in diverse Aktivitäten rund um das Schwerpunktthema 2026 «Künstliche Intelligenz als Standortvorteil» involviert. Zudem veranstalten wir wieder verschiedene öffentliche Anlässe:

- 1. «Bleiben oder gehen»:** Präsentation der Erkenntnisse aus der breit angelegten Umfrage bei Hochschulabgängern der FHNW und DHBW in Zusammenarbeit mit metrobasel mit anschliessender Podiumsdiskussion:
10. Februar 2026, 17.00 Uhr im DHBW-Auditorium in Lörrach
24. März 2026, 17 Uhr bei der FHNW in Münchenstein mit jeweils Apéro riche im Anschluss
- 2. BEF Basel Economic Forum:**
«Anwendungen von KI und Datennutzung rund um das Gesundheitswesen»
Welche Bedürfnisse gibt es an die 'Künstliche Intelligenz' im Gesundheitswesen? Und wie gelingt es, alle Zielgruppen bei der Anwendung von digitalen Tools mitzunehmen?
In Breakout-Sessions sollen Nutzen, Chancen und Herausforderungen der KI aufgezeigt und besprochen, sowie auf dem anschliessenden Podium diskutiert werden.
Voraussichtlich am 20. April 2026, ab 16 Uhr bei Roche mit Pausen und Apéro riche im Anschluss
- 3. GV von metrobasel im Frühjahr 2026 bei T3 Pharmaceuticals AG in Allschwil**
Im Anschluss an die ordentliche GV dürfen die Labors des Startups besichtigt werden.
- 4. metrobasel Sommeranlass zu «geopolitischen Spannungen»**
Für unseren Sommeranlass haben uns bereits Bundesrat Ignazio Cassis und André Hoffmann, Vizepräsident des Verwaltungsrats der Roche-Holding ihre Teilnahme zugesagt.
24. August 2026, 18.00 Uhr in der UBS-Kundenhalle in Basel
- 5. Wirtschaftsforum im Kanton Basel-Landschaft im Herbst und verschiedene andere Anlässe in Planung.**



Künstler: Peter Gospodinov

www.petergos.com



**Wir wünschen Ihnen
frohe Weihnachtstage
sowie einen friedvollen
Start in das neue Jahr.**

Ihr metrobasel Team

Entdecken Sie den Weg des medizinischen Fortschritts

Besuchen Sie die «Wonders of Medicine» Ausstellung
Dienstag – Sonntag 10.00 – 18.00 Uhr



pavillon.novartis.com

**Novartis
Pavillon**